

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

94 (22.4.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555962](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-555962)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen wöchentlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfspaltige Korpusgröße oder deren Raum für die Inserenten in Württemberg, Baden, Bayern, Preußen, sowie der Provinzen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Kürzen Weggelassen aus Feuilletons als der Grundschrift gefasst werden, so werden sie auch nach ersterem berechnet. Reklamazeile 50 Pfg.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale in Heppens: Ulmenstraße 21. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Sonnabend den 22. April 1911.

Nr. 94.

Staatsbürgerliche Erziehung.

J. B. Vor kurzem hat die nationalliberale „Allnische Zeitung“ sich mit der sozialdemokratischen Bildungsarbeit beschäftigt. Sie konnte nicht anders als dieser Tätigkeit ihre schärfste Anerkennung zollen. Sie erkannte, daß dadurch für die politische Arbeit unserer Partei ein großer Nutzen geschaffen werde. Aber das nationalliberale Blatt konnte sich doch den Scherz nicht verkneifen, sein Bedauern darüber auszudrücken, daß die sozialdemokratische Bildungsarbeit „nicht lediglich unter dem großen Gesichtspunkt einer dringenden nationalen Kulturarbeit“ gepflegt wird, sondern „als Waffe für den politischen Kampf, dessen Endziel der Umsturz unserer gesellschaftlichen Ordnung ist“. Kleiner Schaller! Die „Allnische“ kann darauf rechnen, bei ihren Lesern mit solchen Worten Eindruck zu machen, weil sie ihnen nämlich verschweigt, daß die Sozialdemokratie hier in bitterster Notwehr handelt! Man macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir von Parteigenossen unsere Genossen zu politischen Zwecken bilden — aber kennen denn nicht unsere Gegner die gesamte Staatsmacht, um die Bildung in ihrem parteipolitischen Sinne zu beeinflussen? Was ist denn die öffentliche Schule heutzutage anders, als eine Drillanstalt zu dem Zweck, die heranwachsende Jugend mit sozialistischem Denken zu erfüllen? Eine Waffe der Bourgeoisie in ihrem Klassenkampf gegen das Proletariat, das ist die öffentliche Schule, und wahrlich spät genug hat die Sozialdemokratie Mittel der Gegenwehr zu ergreifen begonnen! Hat man nicht kürzlich in der Provinz Sachsen einen Volksschullehrer kurzer Hand aus Lohn und Brot gejagt, nur weil er nicht heucheln wollte, sondern seiner heiligen Ueberrzeugung gemäß aus der Landesliste ausgeschieden ist? Und wurde nicht bei dieser Gelegenheit bekannt gegeben, daß § 1 der Disziplin für die Lehrer des Regierungsbereichs Magdeburg wörtlich anordnet:

„Die Pflicht der Volksschullehrer besteht im allgemeinen darin, daß sie die ihnen anvertrauten Kinder . . . zu lebendigen Gliedern des bürgerlichen Gemeinwesens ausbilden.“

Also von der Pflicht, Bildung, Wissen, Aufklärung zu verbreiten, ist in diesem ersten Paragraphen keine Rede; zuerst kommt die Pflicht, Frömmigkeit und Untertanensinn den Kindern einzupauken. Das ist das Wichtigste. Und daß das nur den Zweck hat, die Klassenherrschaft der Besitzenden zu stützen und zu sichern, das liegt auf der Hand.

Einem erbaulichen Beitrag zu diesem Kapitel hat im Vorhinein der „Preuß. Jahrbücher“ ein Gymnasialdirektor Dr. Wahl aus Prenzlau geleistet in einem Artikel über „Staatsbürgerliche Erziehung“. Der Herr Referent zündet den eigentlichen Beweis, daß allemal diejenigen uns am heftigsten bekämpfen, die uns am wenigsten kennen. Man sollte es kaum glauben, daß heute noch bald 50-jährigem Betragen der deutschen Sozialdemokratie, ein gebildeter Mann sich noch in folgenden Sätzen über sie ausstoben kann:

„Immer neue Geschlechter wachsen heran, die mit der Muttermilch schon den Haß gegen alle Befreiungsleistungen empfangen haben, die erzogen werden zur Auswehung gegen alle bestehende Ordnung, deren ungeschultes Denkövermögen die Trugbilder der Befürher und Heher nicht zu durchschauen vermag, die hinauszuweichen möchten in Blut und Nord ihrer vermeintlichen Feinde.“

Oder daß jeder auf Abwehr sinnen muß, „der nicht alle Erzeugnisse unserer Kultur einer grenzenlosen Vermählung preisgeben will“. Und wer sich an solcher Abwehrarbeit nicht beteiligt, „der begeht ein Verbrechen an seinem Vaterlande und an seinem Volke.“ — Man kann sich denken, wie dieser gemütslose Herr alles daran setzen wird, um lärmliche Schüler seiner Anstalt mit Haß gegen die Sozialdemokratie geradezu zu durchdränken. Und da sollten wir mit verdrängten Armen zuleben?

Um zu seinem Thema zu kommen, so gibt zunächst der Herr Direktor Klipp und klar zu, daß der Ruf nach staatsbürgerlicher Erziehung, der jetzt vielfach erhoben wird, geboren ist aus der Angst vor der Sozialdemokratie. Doch gerade deshalb ist er ihm ganz, denn er erblickt darin den Vorwurf, daß die Schule bisher im Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht genug getan habe. Diesen Vorwurf aber erklärt er für unberechtigt und bemüht sich, ihn zu widerlegen. Und man muß sagen, der Gegenbeweis ist ihm gelungen. Er führt überzeugend aus, daß die heutige Schule in allem und jedem den Kampf gegen die Sozialdemokratie an erste Stelle setzt, womit dann natürlich ihre geringen Leistungen auf anderem Gebiet — speziell in der Volksschule — eine sehr einfache Erklärung finden. Man höre J. B. folgende Sätze:

„Das hohe Lied vom Vaterlande, seiner Größe und Schönheit, die Treue gegen den Herrscher und sein Haus,

das Lob der Heiden des Geistes und der Tat, sie klingen wieder und immer wieder in allen Stunden vornehmlich des deutschen, des geschichtlichen und erdunlichen Unterrichts. Und man lese doch die Lehrbücher der Schüler an, ihre Lieder- und Gesichtsblätter, und man wird erkennen, wie stark neben anderen Gesichtspunkten bei ihrer Entstehung gerade der patriotische mitgewirkt hat. Derselbe Grundgedanke wird durchgeführt bei Anlage von Schülerbibliotheken. Und bei der Auswahl des freien Lektürestoffes werden solche Werte in erster Linie herangezogen und bevorzugt, durch die in den bildsamen Seelen das patriotische Gefühl an Ausdehnung und Tiefe gewinnt. . . . So wird sich der junge Mensch in der Schule erst recht seines Deutschtums bewußt, er lernt es laut und mit Stolz bekennen bei den vielen patriotischen Feiern . . . beim Turnen, bei Wanderfahrten. Denken wir uns diesen Einfluß der Schule ausgefaltet, was wäre da, wo wir jetzt patriotisches Gefühl finden?“

Wie geiaht, jeder, der durch die Schule gelaufen ist, ist es eine höhere oder eine Volksschule, wird dem Preussener Direktor Recht geben müssen: die Schule ist heutzutage in der Tat in erster Linie eine chauvinistische Drillanstalt, wo die Kinder anstatt echten Wissens und echter Bildung hauptsächlich einen harten Panzer reaktionärer Ideen ums Hirn gelegt bekommen. Und trotzdem und allemal hat sie, zu des Herrn Direktors allergrößtem Leidwesen, doch nicht das Emporkommen und Wachsen der Sozialdemokratie verhindern können! Wie mag das bloß zugehen? Das liegt — so behauptet uns der Herr Direktor — zum guten Teil daran, daß sogar die Lehrer sich die Freiheit einer eigenen Meinung herausnehmen. Nicht nur sind die Volksschullehrer zum Teil radikal gesinnt, sogar die Oberlehrer Preußens haben dafür agitiert, daß der Direktor nicht mehr ihr Vorgesetzter, sondern nur noch so eine Art älterer Amtsvorbruder sein solle. Da Her sich doch alles auf! Aber woher kommt dieser „zerstrende demokratische Geist“? Das muß man wörtlich lesen: „Die meisten stammen aus Familien ohne Tradition. Aus kleinen Verhältnissen sind sie in die Höhe gekommen und haben sich selbst durch eigene Tätigkeit hineingearbeitet in eine ganz neue Sphäre.“ — Na, so eine Kunde! Da wird wohl nur ein Gesetz helfen, wonach in Zukunft nur noch Vögelge mit mindestens 32 Jahren Lehrer werden dürfen, auch wenn sie im eigenen Kopf nichts wie leeres Stroh haben. Dafür besitzen sie doch „Tradition“ und den richtigen staatsverhaltenden Geist, sind also hervorragend geeignet für die Aufgaben, die in jenen Kreisen als die wichtigsten angesehen werden, und wofür man tüchtige Leute nun einmal nicht brauchen kann.

Politische Rundschau.

Bant, 21. April.

Regierungsagitation für den Schnapsblock.

Im Reichsausschuß des Innern wurde einem Vertreter der „Adnigsberger Hart. Zig.“ gegenüber den Meldungen verschwiebener Wähler, daß in Regierungskreisen die Absicht besteht, noch dem gegenwärtigen Reichstag das Budget für 1912 vorzulegen, erklärt, daß eine solche Absicht nicht besteht, und daß die Beratung des Etats für 1912 unter allen Umständen dem neu zu wählenden Reichstag vorbehalten bleiben wird. Damit wird jedoch noch nicht der Plan in Abrede gestellt, den Reichstag bis zum 25. Januar togen zu lassen, außerdem aber umgeht das Dementi eine Stellungnahme zu der Unfindigung, daß dem Reichstag der neue Etat nicht zur obhigen Erledigung, aber „zur Kenntnisnahme“ unterbreitet werden soll. „Der Reichstag hat“, meint die „Deutsche Tageszeitung“, „ein natürliches Recht darauf, eine möglichst vollständige Bilanz seiner Hauptarbeit zu sehen. Wenn dem Reichstage also entweder der vollständige Etat oder eine eingehende Etatsübersicht zugestellt und in einer besonderen Regierungsendung näher auf dessen Bedeutung hingewiesen würde, so wäre damit nur der finanziellen wie der politischen und der parlamentarischen Lage in gleichem Maße gedient, und es würde damit zugleich gegenüber der Bevölkerung, die vor bedeutsamen Neuwahlen steht, wie gegenüber dem Auslande eine wichtige Regierungsaufgabe erfüllt.“ Danach soll die Regierung die von ihr im preußischen Herrenhause verlangte Verteidigungsansicht des Zustands aus Reichsfinanzen anfertigen. Hoffentlich bedächtiglich die Ueberfahrt auch die Verteilung der Gelder aus dem Reil-Replikationsfonds. Das Volk wird den präparierten Zahlenpieleuten, die zu erwarten sind, eine gebührende Aufnahme bereiten.

Polizeirecht.

Das einzig unbedingte Recht in Preußen ist der Wille der Polizei. Es gibt auch sogenannte Rechtsgarantien, doch

die sind in der Praxis nur Dekorationen, in die Schaulustler gestellt, um so zu tun, als ob der Polizeistaat überwandern wäre. Die Polizei kann und darf alles, ihre Befugnisse sind unbegrenzt. Kolibriert sie mit dem Geleis, so trägt sie keine Wunden davon, ihr gegenüber das Recht zum Siege zu verheißt, ist ehrenvoll, bringt aber zumteil keine Vorteile. Die Opfer ihrer Rechtsverletzungen werden selten mehr als moralische Erfolge erringen, wie die Niederlagen der Polizei auch stets nur „moralische“ sind. Erfuhr eine Polizei eine noch so gründliche Bloßstellung, es sei nur an Waadit erinnert, so stellen sich schlagend die Minister vor die Polizei, sie verteidigen sie, ohne Rücksicht auf die Feststellungen und Urteile der Gerichte. Um die Polizei nicht schamhaft sich dann alles, was an der Aufrechterhaltung des unbeschränkten Polizeiwillens an Stelle des Rechts Interesse hat.

Konsequenz wird in Preußen daran gearbeitet, den Willen der Polizei zu der einzigen Rechtsquelle zu machen, wobei man natürlich nicht von einer Erweiterung und Befestigung der Polizeivillkür, sondern von einer Reform der Verwaltung spricht. Die Zeitschrift für allgemeine Rechtskunde, „Gesetz und Recht“, macht darauf aufmerksam, daß in Preußen ein Gesetzwort in Vorbereitung ist, der die Tätigkeit des Ober-Verwaltungsgerichts durch Einführung einer Revisions-Summe für weite und wichtige Gebiete einfach aufheben will. Was damit bezweckt wird, sagt die Eingabe der Reklamen der Berliner Kaufmannschaft an den Minister des Innern gegen die geplante Beschränkung des Verwaltungsrechts, in der es u. a. heißt: Zunächst wird bei einer Gebührenerhöhung der dem Verwaltungsprozeß bisher unbedachten Revisionssumme aus dem Zivilprozeß der grundsätzliche Unterschied übersehen, der zwischen diesen beiden Verfahren besteht. Im Verwaltungsprozeß bildet für den Privatmann die Grundlage seines Rechtsbehagens eine öffentlich-rechtliche behördliche Verfügung, auf deren Inhalt und Umfang und insfolgedessen auch auf deren Wertbemessung ihm nur eine ganz beschränkte Einwirkung möglich ist. Im Zivilprozeß dagegen ist der Streitgegenstand anpassungsfähig an die Wünsche der Parteien, denen es hier vielfach freisteht, das Objekt ihres Prozesses so hoch zu wählen, daß der Rechtsstreit revisionsfähig wird. Aber auch ganz abgesehen hiervon hat die Einführung einer Revisions-Summe vor allem das gewichtige Bedenken gegen sich, daß in den Sachen, die vor das Oberverwaltungsgericht kommen, es sich regelmäßig nicht um eine feststehende Geldsumme handelt. Es müßte deshalb zu einem Abschlagsverfahren gegriffen werden, was leicht eine gewisse Willkür ermögliehen würde, da dann zu revisionsunfähigen Summen diejenigen Streitigkeiten angelegt werden könnten, die von der größten allgemeinen wirtschaftlichen oder politischen Tragweite sind; wie denn überhaupt diejenigen Dinge, die vor dem Oberverwaltungsgericht zur Entscheidung gelangen, oft nur einen geringen Geldwert haben, trotzdem aber wichtige prinzipielle Angelegenheiten bilden. Man denke nur an das weite Gebiet des polizeilichen Eingriffsrechts und dabei hauptsächlich an den Rechtschutz der konzeptionsierten gemeinlichen Anlagen, der persönlichen Konzeption und der Strafverwehre, wo häufig das Geldobjekt an sich gering, jedoch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ihrer Wirkung auf das Gewerbe und auf die bürgerliche Stellung des Einzelnen nach meist von der einschneidendsten Wirkung ist.

Inbesondere die Rechtsansprüche der Arbeiterschaft sind durch das Oberverwaltungsgericht ganz gewiß nicht verwahrt worden, aber immerhin erwies es sich als ein Hemmnis gegen die schlimmsten Ausdehnungen der Polizei. Verwaltungsgerichtliche Feststellungen gegenwärtigen Verhaltens der Polizei sollen daher nach Möglichkeit verhindert werden, indem der Klageweg ausgeschaltet und an seine Stelle der verächtliche Beschwerdeweg gesetzt wird. Der Polizeiminister wird die oberste Instanz in Klagen gegen die Polizei, die Polizei somit ihr eigener Richter. Was heute schon die Polizei aus den Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsgesetz gemacht hat, würde nur eine Harmlosigkeit bedeuten gegenüber der Polizeivillkür, die nach der famolen Reform sich etablierte. Allen Schritten polizeilich nicht genehmer Vereine und Versammlungen würden Tür und Tor geöffnet, die ganze Verwaltungsmaschine würde noch mehr als bisher Drangsalierungswerkzeug, das förmliche Folterdienste verrichten könnte. Unter dem Deckmantel einer harmlosen Verwaltungsreform soll die Enttötung des preussischen Volkes fortgesetzt und die Polizeivillkür oberstes Gesetz werden.

Zentrums-Zentrumsreform. Befehlet durch einige Zentrumsstimmen.

In einem durch die Zentrumspresse gebenden Münchener-Blattbacher Produkt, das sich mit einer Notiz der sozialdemokratischen Presse über die Belastung durch indoktr-

Steuern beschäftigt, heißt es: „Wenn man diese Zahlen liest, mag mancher im ersten Augenblick ganz perplex sein und in helle Entzückung über solche Ausbeutung des armen, arbeitenden Volkes ausbrechen. Er vergißt dabei, daß entsprechend der Zunahme der Verbrauchsgüter auch die Einkommensverhältnisse eine Steigerung erfahren haben und er vergißt weiter, daß das System der indirekten Besteuerung nicht nur ein gerechtes, sondern auch ein zweckmäßiges ist.“

Die Wahrheit ist natürlich das System der indirekten Besteuerung nur ein System der Ueberwälzung und des raffinierten Betruges, wie Fichtl Bismarck anerkannte, wenn er sagte, man möge gegen die indirekten Steuern einwenden, was man wolle, in der Praxis seien sie doch die besten, denn der Einzelne zahle die Steuer im Preise der Waren und frage nicht danach, wieviel er und wieviel seine Nachbarn zahlen.

Das Zentrum hat früher ebenfalls in oft scharfer Form die indirekte Besteuerung verworfen. Auf dem Würzburger Reichstagskongress im Jahre 1864 erklärte der Referent zur sozialen Frage, Reichsrath Rehbach: „Wir fordern die Aufhebung der Steuern auf die unentbehrlichsten Lebensmittel, weil diese am drückendsten sind für die arbeitende Klasse.“ Bischof Reiter erklärte 1873 in seiner Schrift „Die Rathlosen im deutschen Reich“: „Der Wegfall der Steuern auf alle notwendigen Lebensbedürfnisse ist eine wohlverdienteste Forderung.“ Der Zentrumsabgeordnete von Schorlemer-Nacht erklärte am 13. Dezember 1878 im preussischen Abgeordnetenhaus: „Ich bin der erste gewesen, der bei der Befreiung von Mitgliedern des deutschen landwirtschaftlichen Vereins sich entschieden gegen Getreidezölle ausgesprochen hat. . . Ich war auch dort der erste, der erklärte: Nein, ich wünsche keine Getreidezölle, weil ich der Bevölkerung das Brot nicht verteuern will.“

Wie ungerecht die indirekte Besteuerung wirkt, erkannte im Juni 1898 die „Triestische Landeszeitung“ an. Das Blatt polemisierte damals gegen ein konservatives Flugblatt, in dem es hieß, daß das Volk die paar Pfennige indirekte Steuern, die auf jeden Einzelnen entfallen, nicht merke. Dazu schrieb das Zentrumsblatt: „Jedermann soll auch wissen, was er dem Staate und der Gemeindegewalt an Steuern zu opfern hat. Er soll es wissen und sich danach einrichten. Aber gerade das Gegenteil davon bewirkt das System der indirekten Besteuerung. . . Die indirekte Besteuerung läßt zum großen Teile auf eine Täuschung der Steuerzahler über ihre eigenen Steuerpflichten hinaus und belastet verhältnismäßig gerade den weniger bemittelten Mann vielmehr als den Reichen. . . Aber wenn man nun die einzelnen paar Pfennige aus dem ganzen Jahre zusammenzählt, dann stellt sich die Sache ganz anders; und wenn man sich dann die Jahresziffern betrachtet, dann merkt man erst, wie die indirekte Besteuerung dem Steuerzahler heimlich eine Menge Geld aus der Tasche zieht. Und wofür? Dafür, daß er Petroleum in seiner Lampe brennt, daß er sich seine Suppe kocht, oder Zucker in seinen Kaffee trinkt, also für die Befriedigung von Lebensbedürfnissen, die zum Teil unentbehrlich notwendig sind und die außerdem im Haushalte des kleinen Mannes einen ungleich größeren Teil der Gesamtausgaben ausmachen als beim Reichen. Sterben und Steuerzahlen, so heißt es dann zum Schluß, muß jeder Mensch. Aber das die Verteilung der Steuern eine gute und gerechte sei, das muß für jeden aufachtigen Volkswirth ein unerschütterter Grundsatz sein.“

Auch nach in neuerer Zeit konnte man solche Zentrumsstimmen hören, wenn den betreffenden Leuten gerade in ihre Methode hineinspaltete. 1905 versprach der Abgeordnete Sieberts seinen Wählern, mit aller Entschiedenheit gegen die Erhöhung der indirekten Lasten einzutreten und ungefähr um dieselbe Zeit schrieb die „Rheinische Volkszeitung“ zu der in Aachen erscheinenden Steuerreform: „Da direkte Steuern vom Reich überhaupt nicht erhoben werden, so kann man mit Recht sagen, alle diese Militäre, Marine-, Pensions-, Zinsen- und Weispolistatuten werden nicht von den Bestehenden, von den Milliardären, Kommerzienleuten, Großgrundbesitzern und Großindustriellen ausgehöhlt, sondern von der weiten Masse des arbeitenden, im harten Kampfe um seine Existenz ringenden Volkes.“

Wenn die Verlogenheit der Zentrumssteuermoral durch diese Beispiele nicht klargemacht werden kann, der muß ein Brett vor dem Kopfe haben und kein dünnes!

Deutsches Reich

Berlin, 21. April. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Kriegsministers, die es verbietet, daß Unteroffiziere oder Mannschaften für Gewerbetriebe von Zivilpersonen oder im Austrage von Handwerken, die bei der Truppe stehen, arbeiten. Jede Aufforderung zu solcher Tätigkeit sollen die Leute den Vorgesetzten anzeigen.

Die Reform des Strafgesetzbuches in kritischer Beleuchtung. Die deutsche Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung trat am Donnerstag in Berlin zusammen, um Stellung zu nehmen zum Borentwurf des neuen Strafgesetzbuches. Das Referat lag in den Händen des Geheimraths Professor Dr. Hozt (Charlottenburg), der zu den bedeutendsten Strafrechtslehrern der Gegenwart gezählt wird. Der Referent erkannte die Fortzüge des neuen Entwurfs an, behaupte aber, daß es der Entwurf im allgemeinen an der Klarheit des Ausdrucks fehlen lasse. Als ein Fehler sei es zu bezeichnen, daß die große Zahl der Nebengeheige nicht so weit als möglich in den Entwurf hineingearbeitet worden sei. Das sei um so mehr bedauerlich, als gerade durch die vielen Nebengeheige eine heillose Vermirrung in unsere Rechtsprechung gekommen sei. Weiter vermißt der Referent in dem Entwurf eine Regelung des Strafvollzugs, und verlangt, daß mindestens die Hauptbestimmungen über den Strafvollzug in das Strafgesetzbuch hineingearbeitet werden sollen. Das neue Strafgesetz spricht zwar fortgesetzt von Gefängnis und Zuchthaus, ohne daß aber die beiden Begriffe eingehend definiert werden. Die Inter-

nationale Kriminalistische Vereinigung will in den nächsten Jahren, wenn der Entwurf im Parlament zur Beratung steht, auf dem Posten sein, um nach Kräften daran mitzuwirken, daß das fälschliche Strafgesetzbuch so gestaltet wird, wie es im Interesse der Wohlfahrt des Volkes als unablässig notwendig erscheint.

Eine Konzeption an die Polen. Wie ein Berliner Mittagblatt erfahren haben will, hat Wilhelm II. nach langen Zögern seine Einwilligung dazu gegeben, daß die Leiche des in Rom verstorbenen Kardinals Leochowski nach Polen überführt wird, um dort beigesetzt zu werden. Der verstorbene Kardinal hat zur Zeit des Kulturkampfes viel von sich reden gemacht. Er wurde damals als Erzbischof zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die er auch verbüßen mußte. Während seiner Gefängnishaft ernannte ihn der Papst zum Kardinal und nach Verbüßung seiner Strafe siedelte er nach Rom über. — Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, dann wäre das allerdings als eine Konzeption an die Polen aufzufassen, die sich diese Aufmerksamkeit zweifellos durch ihre Jugendbürgerschaft zum schwarzbauen Biob rechtlich verdient haben.

Der neueste Konzeptions-Schule. Mit großer Befriedigung verbindet die Scherleise, daß mit dem Grundsatze, bestimmte bevorzugte Regimenter nur mit adeligen Offizieren zu besetzen, allmählich gebrochen wird. Zum Garde-Musikregiment ist nämlich der bisher zur Postkammer in Rom kommandierte geweseene Oberleutnant Kaulsch versetzt worden. Daß dieser neueste Konzeptions-Schule bei der Postkammer in Rom beschäftigt wurde, läßt auf weitreichende Konzeptionen schließen, man hat es also keineswegs mit einem beliebigen Offizier, der einfach von der Linie weg versetzt wurde, zu tun. Der Oberleutnant Kaulsch ist damit aber auch der einzige bürgerliche Offizier bei der Garde-Kavallerie und es gehört schon die ganze Phantasie der Scherleise dazu, in dieser augenscheinlichen Zufälligkeit einen Bruch mit dem jetzigen System zu entdecken.

Zentrumsmethode. In Rom, dem „schlechtesten Rom“, wollte der Vorstand der Christenklasse eine Verammlung veranstalten, in der Stellung zur Reichsverfassungsordnung genommen werden sollte. Der Besitzer der Stadtbauerei hatte seinen Saal bereits fest zugelaßt; aber wenige Tage vor der Verammlung zog er seine Zulage wieder zurück, nachdem ihm von Zentrumsseite der Boykott angedroht worden war.

Frankreich

Die Wiedererstellung der Eisenbahnen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat an die Präsidenten der Eisenbahngesellschaften ein Schreiben gelangt, in welchem er ihnen die am 14. April von der Deputiertenkammer angenommene Tagesordnung betreffend die Wiedererstellung der entlassenen Eisenbahnbeamten mitteilt und hinzusetzt: „Ich bin sicher, daß Sie dem formellen Wunsch, den Ihnen die Regierung im Namen der Vertretung der Nation in der einzigen Sorge um das allgemeine Interesse und den öffentlichen Frieden übermitteln, durch Taten entsprechen werden.“ — Konservative und gemäßigtere Blätter kritisieren das Schreiben des Arbeitsministers sehr scharf. Der „Figaro“ bezeichnet es als ein unmaßgebendes Ultimatum, als eine geradezu revolutionäre Tat.

Mexiko.

Zur Lage in Mexiko. Nach einem in Newport eingetroffenen Telegramm aus der Stadt Mexiko haben die mexikanischen Abgeordneten einen vollständigen Bericht über die Friedensverhandlungen verlangt. Wenn auch bisher die Verhandlungen nur von inoffiziellen Agenten der Regierung geführt worden sind, so ist es doch kein Geheimnis, daß der Minister des Auswärtigen ihnen Direktiven gegeben hat. Wie aus El Paso (Texas) berichtet wird, haben die mexikanischen Aufständischen die Stadt Juarez aufgefordert, sich binnen 24 Stunden zu ergeben.

Auf die amerikanische Note an Mexiko ist jetzt die Antwort eingegangen. Sie geht auf die amerikanischen Vorhaltungen nicht ein, sondern führt Beschwerde darüber, daß die Union Truppen an der Grenze zusammengezogen habe. Man vermutet hier, daß Präsident Diaz ein Einreiten der Union provoziert will, unter der Voraussetzung, daß der Einmarsch der Amerikaner alle Parteien im Lande vereinen würde.

Marokko.

Aus Rabat wird drahtlos telegraphiert, daß nach dort eingetroffenen Nachrichten die ausländischen Berberstämme Fez eingenommen hätten.

Der Ministerpräsident Spaniens erklärte, die Lage in Fez sei sehr ernst. Spanien werde sich unter keinen Umständen an einer Aktion beteiligen, werde aber Vorbehalte treffen, daß seine Interamten nicht vernachlässigt würden. Im spanischen Interessengebiet herrsche Ruhe.

Der französischen Regierung ging eine Meldung des Komfuss Gaillard in Fez zu, wonach die Stadt zwar gefährdet, die ausländischen Völker aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen seien.

Gewerkschaftliches.

Der Bergarbeitertreff in der Oberlausitz hat in den letzten Tagen an Ausdehnung zugenommen. Die Unternehmer wollen den Grubenarbeitern keinerlei Zugeständnisse in der Lohnhöhe oder Arbeitszeitverkürzung machen. Jetzt, wo der Streik ausgebrochen ist, werden einheimischen und fremden Arbeitern bedeutend höhere Löhne versprochen, als die Arbeiter fordern. Die Verwaltungen versprechen denjenigen Arbeitern, die zum Verderben an ihren Klaffengemessen werden, Extrageschenke, Ueberall sind Agenten tätig, um Arbeitswillige heranzufinden. Die Agenten versprechen den Arbeitern Löhne von 5 M. und darüber pro Tag. Wenn diese Arbeiter ins Streikfeld kommen, ist der Verbeugung verschwandnen, und die Arbeiter stehen einem anderen Ranne gegenüber, der von den Verbeugungen des ersten Agenten nichts wissen will. Die Hingemänner üben denn auch ihre

unsauberer Handwerk aus. Nachdem nämlich für die 6000 Auf-Grube in Obersdorf einige Streikbrecher eintrafen, aber kurz nachdem wieder abdampten, ging das Gerücht, daß an den Ostertagen ein größeres Aufgebot von Arbeitswilligen eintreffen werde. Die Bergarbeiter waren aber auf dem Boden und fingen die Kolonnen auf entfernt gelegener Bahnhöfen ab und wiesen ihnen in den nächsten Orten Arbeit an.

lokales.

Bant, 21. April.

Maifeier 1911.

Die Vorbereitungen zu einer würdigen Maifeier im Jahre 1911 dürften allerorts bereits in Angriff genommen sein. Dessen ungeachtet erinnern wir an den Beschluß des Parteitages in Leipzig im Jahre 1909, der einer vorher zwischen Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands getroffenen Vereinbarung entspreche, und der eingangs lautet:

Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission anzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsamt und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst. Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der bestehenden und bestehenden Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Entsprechend diesem Beschlusse hatte auch die Maifeierkommission von Rätlingen-Wilhelmsbäumen die Vorbereitungen getroffen, die dahin gingen, daß vormittags und nachmittags im „Livol“ zu Heppens Konzert, mittags ein Umzug durch Heppens, Wilhelmsbäumen und Bant mit anschließender Feiere auf dem Bantter Marktplatz durch den hier bekannte Genossen Wagner, jetzt in Braunschweig, und abends Fußball im Livol stattfinden soll. Das Arrangement wurde von den weiteren Instanzen ausgeführt und es fehlte nur noch die behördliche Erlaubnis zum Umzuge und zu der Verammlung auf dem Bantter Marktplatz. Die Kommission richtete daher die nötigen Eingaben sowohl an den landeslichen Hilfsbeamten in Wilhelmsbäumen, als auch an den hiesigen Amtshauptmann. Schneller als sonst üblich kam von Wilhelmsbäumen die Antwort; sie lautete:

Der Hilfsbeamte Wilhelmsbäumen, 8. April 1911.
des Königlich Landrats.

Auf den Antrag vom 4. d. M. Die Genehmigung eines Umzuges mit Musik am 1. Mai d. Js. von Sabewallers Land durch die Heidestraße, Marktstraße bis zur Wilhelmsbäumen Straße wird, soweit das hiesige Stadtbüro in Frage kommt, abgelehnt, weil in Folge der Veranstaltung des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Ich mache darauf aufmerksam, daß gegen jeglichen Versuch eines Umzuges und das Tragen von Wärgen an dem genannten Tage meinerseits eingeschritten werden wird.

(694) Graf v. Soltmann, Reg.-Aff. etc.

Eine solche Ablehnung ist zwar für Wilhelmsbäumen nichts Neues, doch ist es empfindend. Jeder Arbeiter kann dort Umzüge machen, so viel er Lust hat; der Arbeitsschutz wird aber der Umzug verboten. Die angegebene Begründung, es sei „Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten“, wird schon dadurch widerlegt, daß bei dem alljährlichen Umzug durch Heppens und Bant niemals die öffentliche Sicherheit gefährdet worden ist und daß auch die Rätlinger Polizeibehörde eine solche Befürchtung nicht hat, denn sie hat den Umzug wieder genehmigt. Der angegebene Grund ist einfach fingiert. Man will in Preußen nicht, daß die organisierte Arbeiterschaft auch einmal in Jahre ihren Feiertag hat. Darum solche heimliche Verbote, darum die Behandlung der Arbeiter wie rechtloses Vieh.

Das großherzogliche Amt Rätlingen hat auch in diesen Jahre den Maifeier-Umzug genehmigt, doch sonderbarer Weise die Verammlung auf dem Marktplatze verboten, und zwar weil Gen. Wagner aus Braunschweig spricht. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Großh. Amt Rätlingen. Bant, den 18. April 1911.

Auf die Eingabe vom 5. d. Mts., soweit sie die Ablehnung einer öffentlichen Verammlung auf dem Bantter Marktplatze am 1. Mai d. Js. betrifft, erfolgt zum Bescheide, daß die Erlaubnis nicht erteilt werden kann, da bei dem beschriebenen Austritt des Redakteurs Wagner aus Braunschweig als Redner eine Abbeugung der Volksmassen und damit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Auch hier gilt, was wir oben sagten: man will die Arbeiterschaft in ihren freibleibenden Bestrebungen, die doch nur Kulturforderungen sind, keine oder so wenig wie möglich Konzeptionen machen. Noch dazu muß ja immer ein Auge nach Preußen gerichtet werden.

Wie ist nun zunächst die Rechtslage? Nach § 7 des Vereinsgesetzes bedürfen öffentliche Verammungen und Aufzüge unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen die Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn aus der Abhaltung der Verammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Nach dem dem Reichstag vorgelegten Kommentar zu dem Gesetz kann die Gefahr bloßer Störungen der öffentlichen Ordnung, z. B. von Straßenaufsammlungen, Wärgen, Beunruhigung der Gehäfte der Anbänger usw. nicht als Grund zur Verweigerung der Genehmigung gelten. Es muß vielmehr eine Gefahr für die „Sicherheit“ sein, d. h. für Leben, Gesundheit oder Eigentum. Diese Gefahr muß auch „öffentlich“ sein, d. h. das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit, nicht bloß begrenzte Kreise zu treffen. So ist z. B. die Gefahr, daß die Verammlungsbefucher auf bestimmten, dem Verammlungsspielplan benutzten Feldern Hürden anrichten könnten, keine Gefahr für die „öffentliche Sicherheit“.

Hebtigen muß die Behauptung dieser Gefahr durch Tatsachen belegt sein, aus denen sich nach vernünftigen Ermessen eine nahe Möglichkeit der Bewirkung der Gefahr ergibt. (Ableit des preussischen Oberverwaltungsgerichts, Bd. 45 S. 451.)

Danach erfolgt sowohl das Verbot des Durchmarschierens durch Wäldchen als auch der Versammlung auf dem öffentlichen Marktplatz zu Utrecht.

Was nun die Begründung des Amtshauptmannes zum Verbot der Marktplatzversammlung betrifft, so ist sie völlig unhaltbar. Die organisierte Arbeiterschaft ist viel zu gut organisiert, als daß sie sich zu irgendwelchen Unbedachtlichkeiten hinreißen läßt. Das muß der Amtshauptmann wissen; denn die letzte Wahl hat ihm doch wohl diese Überzeugung beigebracht. Auch ist die organisierte Arbeiterschaft in so vielen kommunalen und amtlichen Korporationen usw., ohne daß etwas vorgekommen, was den Verdacht des Amtshauptmannes begründen könnte. Und kann nicht die beständete Gefahr in gleichem Maße nach einer Versammlung, die im Saal stattgefunden hat, passieren? Der Herr Amtshauptmann sollte auch wissen, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gemeint in der sozialdemokratischen Partei organisiert ist und daß diese ihr Programm hat, was nichts von dem Unsturz enthält, der sich im Kopfe des Amtshauptmannes ausmalt. Auch ein paar mehr oder weniger schäbige Worte eines Redekenten können vielleicht ein Rudel Parteimitglieder, nicht aber die zielbewußte Arbeiterschaft in Erregung versetzen und zu Unmuthen hinreißern. Ueberdies trägt jetzt das Verbot der Marktplatzversammlung nicht auf, als es jemals Worte eines Redekenten vernommen. Es wäre verächtlich gewesen, wenn der Amtshauptmann vielleicht dem Komitee gesagt hätte, er hoffe, daß bei der Festrede auf dem Marktplatz der Gründung der neuen Stadt gedacht wird; ferner, daß er erwartet hätte, schließlich der Stadtgründung würde der Führer der hiesigen Arbeiterbewegung die Festrede gehalten haben — aber wir können nicht annehmen können, daß er sich das reaktionäre Benehmen zum Muster nimmt und solche Rücksicht auf einige Spieler, denen schon die Anie schlottern, wenn sie von der revolutionären internationalen Sozialdemokratie hören, und die in Ohnmacht fallen wollen, wenn sie eine rote Fahne sehen. Doch das Verbot wird der Arbeiterschaft der hiesigen Arbeiterschaft keinen Abbruch tun; im Gegenteil.

Der Unterricht in der höheren Mädchenschule beginnt für die Klassen 1—8 am Montag den 24. April um 8 Uhr. Alle Kinder, auch die Schülerinnen der oberen Klassen, begeben sich zunächst in das provisorische Schulgebäude an der Bremer Straße. Dort findet um die gleiche Zeit die Aufnahmeprobe für die Klassen 1—8 neu angemeldeten Schüler und Schülerinnen statt. Die Zuführung der für die untersten Klassen angemeldeten Kinder wird für 10 Uhr werden. Sprechstunden der Direktorin: 11—12 Uhr.

Die Wiederkehr des Frühlings nach dem 14 Tage dauernden Rückwärtsfall ist während der Ostertage erfolgt und hat sofort zu einer ganz beträchtlichen Zielvorgabe der Temperaturen geführt, ähnlich für rapiden Erwärmung, wie sie die letzten Märztage so unermittelt gebracht hatten. Nachdem schon Ostermontag das Thermometer an einzelnen Orten Mitteldeutschlands 20 Grad überschritten hatte und zu Frankfurt a. M. 22 Grad Celsius erreicht waren, erhob sich Dienstag das Quecksilber in vielen Gegenden weit über 20 Grad hinaus. Berlin und viele andere Orte hatten mittags 23—25 Grad Wärme; im Westen und Nordwesten des Landes, zum Teil auch in Mitteldeutschland, wie in Dresden, lagen Dienstag bereits die Morgenstemperaturen 12 bis 13 Grad über Null. Bemerkenswert bei dieser Erwärmung war die ungewöhnlich geringe relative Feuchtigkeit der Luft; diese betrug z. B. Dienstag mittags in Berlin nur 23 Prozent, ein ungewöhnlich geringer Wert, der selbst im heißesten Sommer nur selten registriert wird. — Den höchsten Anlaß zu der Umgestaltung der Wetterlage gab das Erbrechen eines neuen, tiefen Wirbels im hohen Norden Europas, dessen Minimum unter 727 Millimeter Tiefe am Samstag im nördlichen Skandinavien lagerte. Während dieser Wirbel unter ziemlich lebhaften Westwinden ostwärts wanderte, drang auch gleichzeitig das atlantische Maximum nach Südwest vor. Westlich von Irland ist Dienstag ein neues tiefes Minimum erschienen, das in Westschottland zum östlichen Hoch Windes aus südlichen Richtungen veranlaßt. Bei seiner Annäherung an den Kontinent dürften die Temperaturen noch weiter steigen, wozu zunächst im Südwesten des Landes, später auch in Nordwest- und Mitteldeutschland verbreitete Wärmegewitter zur Entladung kommen werden.

Wilhelmsaven, 21. April. Das Ueberfliegen von Festungen mit Luftfahrzeugen. Es wird berichtet: Am 22. Oktober 1910 sind von den britischen Ministern des Innern und der Offizianten Arbeiten Anordnungen an die Regierungen ergangen, durch welche für den Verkehr mit Luftschiffen Grundregeln aufgestellt sind, die für die Volksgewaltungen als Richtlinien zu dienen haben. Danach sind für Flugzeuge und Luftschiffe Flüge über Festungen und innerhalb eines Umkreises von zehn Kilometern von solchen, falls nicht eine schriftliche Erlaubnis der zuständigen militärischen Behörde (Governement and Kommandantur) vorliegt, verboten. Nach dieser Verordnung besteht also in Versuchungen allgemein das Verbot, Festungen zu überfliegen. Das Kriegsministerium hat die Governements angewiesen, nur in besonderen Ausnahmefällen Befreiung von diesem Verbot zu erteilen. Es ist in Aussicht genommen, den Verkehr mit Luftfahrzeugen demnächst durch Reichsgesetz zu regeln, sobald die zurzeit noch schwebenden internationalen Verhandlungen hierüber zum Abschluß gebracht sind. Da man annehmen kann, daß im Mai die Beratungen in Paris wieder aufgenommen und im Ende geführt werden, würde die Möglichkeit bestehen, nach im Laufe dieses Jahres mit dem Eintritte zu einem Reichsgesetz zur Regelung des Verkehrs mit Luftfahrzeugen zu beginnen.

Rachsturzsignale an den deutschen Küsten. Zur Gewinnung weiterer Erfahrungen mit vollkommeneren Sturmsignalen, die auch die Richtung der zu erwartenden Stürme kennzeichnen, werden in diesem Jahre vom 1. Mai bis Ende Dezember an den deutschen Küsten auf einer Anzahl Sturmwarnungsstellen verlässlichere Rachsturzsignale mit zwei Laternen gezeigt werden. In der Ostsee sind hierzu bestimmt: Remel, Schillerort, Willau, Gela, Greifswalder Däm., Darßener, Friedländer. In der Nordsee: Waxhaven, Hamburg, Bremerhaven, Schillinghöden und Boksum. Es soll auch festgestellt werden, ob diesen Zweilaternenignalen die Gefahr einer Verwechslung mit anderen Lichtsignalen im Wege steht.

Marinenachrichten. Als Leiche aus der Trane gezogen wurde, so berichtet unser Abdecker Parteiblatt, am Mittwoch der Torpedobitzer Arnold, der auf einem der Torpedoboote bedienstet war, die während der Ostertage im Abdecker Hafen lagen. Zweifellos liegt ein Unglücksfall vor. Wie verläutet, sollen außer dem Verunglückten noch zwei Mann der Besatzung der Torpedoboote bei deren Ausfahrt aus dem Abdecker Hafen vermißt worden sein.

Wilhelmshaver. Die Operettenpöle „Flotte Weiber“ wurde gestern abend wiederholt. Der Besuch ließ trotz der niedrigen Eintrittspreise zu wünschen übrig. Gespielt wurde flott und die Darsteller wurden reichlich mit Beifall bedacht. Am Samstag geht erstmals der lang herbegehnte Operettenklager „Die geschiedene Frau“ in Szene. Um die Aufführung zu einer in jeder Beziehung multenhaltigen zu gestalten, wurde für die Partie des Karol ein Gast und zwar der erste Tenor der Neuen Berliner Volkoper, Herr Johann Hart, gewonnen. Dem Sänger werden ganz bedeutende Stimmmittel nachgerühmt. Da die Direktion noch anderweitige Koozitäten bis 1. Mai kontraktlich herauszuführen hat, so können bestimmt nur diese beiden Aufführungen von „Geschiedene Frau“ stattfinden.

Seppens, 21. April. Die Vergabung des Bauens der Häuser erfolgt heute Abend.

Bausauf. Auf einem Neubau hierseits glitt einem Zimmer bei der Arbeit das Seil aus und drang ihm in den rechten Fuß, eine schwere Wunde verursachend. Nachdem Herr Dr. Bruder, der auf Anruf in anerkennenswerter Weise sofort zur Unfallstelle geeilt war, den ersten Verband angelegt hatte, wurde der Bedauernswerte ins Hospital gebracht.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 21. April. Zur Malreise ist ein Ausflug arrangiert mit dem Zuge 11.27 Uhr vormittags nach Voo, von wo aus eine Fuhrtour nach Raltele unternommen wird. Die Genossen, welche an dieser Tour teilnehmen wollen, mögen sich dazu frühzeitig einfinden.

Die Anmeldung der Befehls zur Gewerbe- oder Handelschule hat stattgefunden, und zwar für die Gewerbeschule: Montag, den 24., und Dienstag, den 25. April, vormittags von 9 bis 12 Uhr; für die Handelschule: Mittwoch, den 26. April, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Rathaus II (Markt 23), eine Treppe. Arbeitsbuch oder Geburtschein, nachlässig auch das letzte Schulzeugnis ist vorzulegen.

Volkstümliche Vortragsreihe. Die Groß Generalintendant heraus um nächste Woche noch drei Volksvorträge an. Es wird gegeben: Dienstag, 25. April: Inspektor Bödig; Mittwoch, 26. April: Die relegierten Studenten; Donnerstag, 27. April: „Fritzhilf“. Die Vorstellungen beginnen alle um 8 Uhr.

Spielplan des Groß Theaters. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Volkstümliche Vorstellungen. (Siehe vorstehende Notiz.) Sonnabend, 29. April: „Rosenkavalier“. Sonntag, 30. April: „Glaube und Heimat“. — Nächsten Sonntag, den 23. April, ist die letzte Operettenvorstellung, „Verbotene Frau“ von Adolphi, und zugleich letztes Auftreten von Pagenstecher und Herrn Tralow.

Emden, 21. April. Rindermord? Am Donnerstag Nachmittag wurde im Stadigraben an der Volkshäuser Landstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes, in einer Pappschachtel eingepackt, aufgefunden. Die Polizei veranlaßte die Ueberführung der Leiche nach dem städtischen Leichenhause. Die Untersuchung muß ergeben, ob das Kind gelebt hat und wer die unnatürliche Mutter ist.

Unglücksfall. Der Hafenarbeiter Tjaden kam in der Nacht zum Donnerstag im Außenhafen dadurch zu Schaden, daß eine niederfallende Erdbode ihm den rechten Arm zerschmetterte. Er wurde in das städtische Krankenhaus überführt.

Reine Mitteilungen aus dem Lande. Aus der Bodenluft fiel in Coerßen der 14jährige Sohn des Landwirts H. Rasper und erlitt schwere Verletzungen. — Wegen der Gefahr der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche sind im Amt Scafe bis auf weiteres die Vieh- und Schweinemärkte aufgehoben.

Aus den Vereinen.

Wilhelmshaven, 21. April. Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde hielt am Mittwoch keine gütliche Monatsversammlung ab. Zur Aufnahme hatten sich 16 Personen gemeldet, die sämtlich aufgenommen wurden. Sodann wurde beschlossen, die Eröffnung des Licht-Badens auf den 7. Mai, nachmittags 4 Uhr, festzusetzen. Das Programm wird durch die Zeitungen noch bekannt gegeben. Ferner wurde beschlossen, am 30. Mai einen Familienausflug nach Sandtug zu unternehmen. Einige interne Angelegenheiten fanden dann noch ihre Verabfolgung.

Aus aller Welt.

Junfer und Seidengespinn. Gegen die Einschleppung von Viehseuchen verlangen die Junfer und ihre Nachbeter die Grenzseure. Die billigen und willigen ausländischen Arbeiter dürfen die Grenze passieren, selbst wenn in ihrer

Heimat anstehende Krankheiten herrschen. Ueber die Einschleppung von schwarzen Pöden bringt unser Parteiblatt in Halle folgende Mitteilungen:

Walfenried, 15. April. Schwarze Pöden. Auf der Domäne Wiedigshof sind dieser Tage die russisch-polnischen Arbeiter eingetroffen. Gestern starb ein Kind an schwarzen Pöden.

Baasdorf, 15. April. Die schwarzen Pöden. Unter Bodenverdacht erkrankte hier eine aus Galizien stammende Arbeiterin. Sie wurde sofort auf Anordnung des Amts-vorrichters dem Krankenhaus Götzen Ueberwiefen, wo der Ausbruch der Pöden durch den Kreisarzt festgestellt wurde.

Stahfurt, 15. April. Schwarze Pöden. Bei einem nach Förderleit zur landwirtschaftlichen Arbeit gekommenen polnischen Mädchen sind die schwarzen Pöden festgestellt worden. Das Mädchen fand sofort Aufnahme im hiesigen Krankenhaus.

Gängerode, 15. April. Pöden. Bei einem hier zu gezogenen ausländisch-polnischen Saisonarbeiter sind die Pöden ausgebrochen. Sämtliche Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Der Erkrankte ist nach dem Krankenhaus in Bleicherode geschafft.

Zu Tode gewettet. Ein Opfer des Alkohol wurde in Kleinberg (Weßfalen) ein junger Mann, der mit mehreren Kumpanen gewettet hatte, ein bestimmtes Quantum Alkohol zu vertilgen. Er hatte kaum den letzten Schluck getrunken, als er tot zu Boden fiel.

Bei der Rettung seines Hundes tödlich verunglückt. In München ist ein 62jähriger Rauterpeker beim Versuch, trotz der dringenden Bitten seiner Frau und seiner drei Kinder, seinen in die Hof geratenen Hund zu retten, in die Turbinenanlage eines Elektrizitätswerks geraten. Dort wurde der vor Schreck bereits ohnmächtig Gewordenen durch einen Verkauf der Turbinen gezogen und ihm die Kopfhaube vollständig heruntergerissen. Die Feuerwehre mußte schließlich die Leiche bergen.

Der Todessturz im Variété. Im Deutschen Theater zu München hielt seit einigen Tagen allabendlich „die phänomenale Höllensfahrt mit Todessturz“ ausgeführt von William Diabolo die Zuschauer in Spannung. Als der Artist Mittwoch abend die waghalsige Fahrt von der Brüstung der Galerie in die Tiefe angetrieben hatte, überging sich plötzlich das Fahrrad und Diabolo stürzte unter lautem Aufschrei und unter großem Krach auf die Bühne, wo er regungslos liegen blieb. Mehrere im Theater anwesende Ärzte eilten sofort auf die Bühne und konstatierten, daß der Artist außer einer schweren Gehirnerschütterung zahlreiche schwere Kopf- und andere Verletzungen davongetragen hatte. Diabolo hatte sich mit seiner Sensationsnummer schon seit acht Jahren produziert.

Kleine Tageschronik. Das große Wendbütteler Moor in der Nähe des Kirchhofes-Kanals liegt in Flammen. Nachdem liegt Brandstiftung vor. — Bei einem Ausflug des Turnvereins der Gemeinde Bornhag bei Essen wurde der Hofbesitzer Dieber von seinem Bruder mit der Weinschloße erschlagen. Der Getötete ist Vater von acht Kindern. — Bei einer Uebung des Feldartillerie-Regiments am Flerer hiesige ein Gefäß in voller Fahrt um. Ein Kanonier wurde getötet. — Bei dem städtischen F&M Scheuten die Pferde eines Wagens des Bremerceis beizhens Krümer aus Biellid. Die Insassen wurden herausgeschleudert, wobei der Besizer getötet, der Brauereibesitzer Schulte und dessen Bruder schwer verletzt wurden. — Wie das Gericht feststellte, ist der Brand im Wohnhause der Beisitzer Gerhardt Schanzeck an Leben verletzten Stellen angelegt worden. — Bei Lyon überrannte ein Automobil zwei Schulbuben. Beide wurden lebensgefährlich verletzt. — In dem Nordsee Petro-pawlowst (Rußland) gestürzte eine Kanne die Dorfliche. Drei Personen sind umgekommen, drei schwer verletzt worden. — Auf dem Schwarzen Meere herrschte in den letzten Tagen ein heftiger Sturm, dem mehrere Schiffe zum Opfer fielen. — Durch einenurchbaren Sturm wurde der Ort Hantiker (Indien) fast gänzlich zerstört und viele Personen verunndet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. April. Das Militärkloßschiff „Parzeval“ ist heute früh 4 1/2 Uhr zur Fahrt nach Amsterdam ausgeflogen. Es wird von Oberleutnant Stelling geführt. Die Besatzung einschließlich der Bedienungsmannschaften beiteht aus zehn Köpfen, darunter befinden sich zwei Offiziere des holländischen Kriegsministeriums. Es soll verhaftet werden, die Fahrt ununterbrochen bis Amsterdam durchzuführen.

Dresden, 21. April. 500 nordamerikanische Vertreter der Freiblichen Erziehungsmethode unternahmen eine gemeinschaftliche Reise nach Europa, um der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden 1911 einen Besuch abzustatten.

Rürnberg, 21. April. Bis jetzt sind 5000 Arbeiter der Textilindustrie ausgeperrt.

Offen a. d. Ruhr, 21. April. In zwei Gemeinden verbrannten vier Kinder beim Spielen mit Streichhölzern.

Agram, 21. April. Bei dem in der Nähe von Agram liegenden Berge Plešowice hat ein Erdbeben in großem Umfang stattgefunden, durch den der Ort Boskonia bedroht ist. Einige Häuser sind bereits eingestürzt.

Peking, 21. April. Seit Montag sind etwa 60 Personen verhaftet worden, die revolutionäre Umtriebe verdächtig sind.

Aus dem Parteisekretariat.

Nr. 8, Jahrgang 1911 der Arbeiter-Jugend ist eingetroffen und kann im Arbeitersekretariat in Empfang genommen werden.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung! Verantw. Redakteur: H. Jacob in Bonn. Verlag von Paul Hug in Bonn. Retaktionsdruck von Paul Hug & Co. in Bonn. Hierzu eine Beilage.

Allgem. Ortskrankenkasse für d. Stadtgemeinde Barel.

Freitag den 25. April, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung im oberen Saale des Schütting.

Tagesordnung:
Beschlussfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
Der Vorstand.

Einsparungen.

Sozialdem. Wahlverein

Mittwoch den 26. April, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in Noths Gasthause.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Wahl eines Hauptkassierers.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Um rege Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse

für den

Amtsbezirk Butjadingen.

Zu der auf **Samstag den 23. April d. J.** nachm. 3 1/2 Uhr, in **Denkers Gasthause** zu **Durhave** anberufen

General-Versammlung

wobei die Vertreter hierdurch eingeladen.

Tagesordnung: —

1. Jahresbericht.
2. Abnahme der Jahresrechnung.
3. Bericht der Krankenhaus-Kontrollen.
4. Antrag des Vorstandes: Beitritt zum Verband der deutschen Ortskrankenkassen.
5. Freie Besprechung.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse

für den **Amtsbezirk Butjadingen.**

Vom 24. bis 28. April

Hebung der Beiträge

Wessels, Rechnungs.

Gewerkschafts-Kartell

Brake.

Den Gewerkschaften zur Kenntnis, daß alle Zusendungen an uns an unsern Vorstehenden **H. Boyßen**, Brate (Vorbrak) einzulenden sind.

Der Vorstand.

Schürzen

in aparten Mustern eingetroffen

Martha Kappelhoff

Ecke Roon- und Deichstrasse

Abhanden gekommen

mein **Fahrrad** (Rönigerad), auf Ventiltange eingravirt: **H. P. Harms**, Aufzionator, Heppens.

H. P. Harms.

Herren- u. Damen-Fahrrad

billig zu verkaufen.

Freidenkstrasse 35, unt. r.

Einsparungen.

Weinge mein

Obst- und Gemüsegeschäft

in empfehlender Erinnerung. **Frische Landeier** Dut. 75 Pl., **frühreife Pfirsichstosfeln** und **sämtliche Sämereien.**

Felix Junghandel.

Ein Wurf Ferkel

zu verkaufen.

Hofendoom, Neuenroden 145.

Zur Hochzeit!

zur Ergänzung der Wohnungs-Ausstattung, zum Umzug empfehle in anerkannter Gelegenheit unter jahrelanger Garantie

Möbel-Einrichtungen

und einzelne Möbel auf Kredit

zu den leichtesten Zahlungsbedingungen.

<p>Möbel auf Kredit</p> <p>Eine kleine Einrichtung</p> <p>von An- zahlung 10 Mark bis 15 Mark</p> <p>1 Bettstelle mit Matratze und Kissen 1 Kleiderschrank, 1 Spiegel, 3 Stühle Wochenrate von 1 Mark an Einzelne Möbel.</p>	<p>Ein Wohnzimmer und Küche</p> <p>von An- zahlung 25 Mark bis 50 Mark</p> <p>2 kompl. Betten 1 Kleiderschrank 1 Waschtische 1 Nachtschische 1 Diwan 1 Truhen 1 Vertikow 1 Anzehtisch 4 Stühle 1 kompl. Küche Wochenrate von 1.50 Mk. an.</p>
--	--

<p>Herren- Anzüge und Paletots</p> <p>in ganz bedeutender Auswahl 30.00 36.00 42.00 Mk. Anzahlung von 5 Mk. an 46.00 55.00 60.00 Mk. Anzahlung von 10 Mk. an</p> <p>Anfertigung nach Mass. = Solide Preise. =</p>	<p>Höchste Leistungsfähigkeit!</p> <p>1 Salon, Wohn- u. Schlafzimmer</p> <p>von An- zahlung 55 Mark bis 80 Mark</p> <p>1 Salonschrank 2 Salonsühle 1 Truhen 2 Nachtschische 2 engl. Stühle</p> <p>1 Umklei., 1 Diwan 1 Vertikow 4 Stühle 1 Chaiselongue 1 kompl. Küche</p>	<p>Damen- Mäntel, Abendmäntel Kostüme, Kostümstücke Jackets u. Paletots = = = Blusen = = =</p> <p>Kinder- u. Sportwagen in grosser Auswahl.</p>
--	---	---

Franz Brück

Marktstrasse 39. Marktstrasse 39.

Schürzen



Neueste Façons in allen Preislagen.

B.v.d. Ecken
Hornacker 57 Wilhelmshavenstr. 32

Verlobungs-Karten

werden schnell, sauber und
:: preiswert angefertigt ::

Paul Hug & Co., Bant

Filiale: Heppens, Ulmenstr.

Gebrauchte Möbel

kaufe und tausche um
W. Koch, Bant, Peterstr. 24.

Waschbälgen und Waschmaschinen
werden schnell und prompt repariert.
C. Ehlers, Bant
Wolfsische 14, Hinterhaus.

Ein guterhalt. Kinderwagen
billig zu verkaufen.
Heppens, Zebelinstr. 20, 3. Et.

Damenrad ein paarmal gefahren,
umständel. billig zu verkaufen.
Rieler Straße 54 a, 1. Etg. r.

Höhere Bürgerschule zu Bant.

Das **neue Schuljahr** beginnt **Montag** den 24. d. Monats.

Die **Aufnahmeprüfung** der für die Klassen **Sexta bis Ober-Tertia** angemeldeten Schüler findet **Sonnabend den 22. d. M., vormittags 8 Uhr**, im Schulgebäude, **Oldeogestr. 12, II**, statt.

Bant, den 18. April 1911.

Mrodzinsky, Rektor.

Visitenkarten fertigt an Paul Hug & Co.

Bezirke 3, 5a und 5b.
Sonnabend den 22. April abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung bei **Schrön**, Jabelulen.

Bezirke 21 und 22.
Sonnabend den 22. April abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung bei **Brümann**.

„Verband der“
Gemeinde- und Staatsarbeiter

Achtung Gasarbeiter!

Wegen einer wichtigen Besprechung ist das Erscheinen der Gasarbeiter zur heutigen Versammlung dringend erforderlich.

Die Sektionsleitung.

Neuer Bürgerverein

Neuende.

Sonnabend den 22. d. M. abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung beim **Wirt Heinken.**

Tagesordnung: —

1. Hebung und Einnahmen.
2. Wohl des Schriftführers.
3. Kommunale Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Les- und Diskutierklub der Frauen.
(Rähringen-Wilhelmshaven)

Dienstag den 23. April 1911 abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung in **Sadevassers Tischl.**

Fortrag über die **Entwicklung der Jugendbewegung.**

Die Mitglieder werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Biomedischer Verein für das Indegebiet.

Die Verbands-Vorträge in der „Flora“-Heppens:

Am 22. April, abends 8 1/2 Uhr über: „**Verdauungsorgane**“.

Am 23. April, nachmitt. 4 Uhr **Damenvortrag**, über: „**Franz Kranzheiten**“.

Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht. **Der Vorstand.**



Die Interessenten des Arbeiter-Zitherklubs werden gebeten, sich am **Sonnabend** abends **8.30 Uhr** zu einer Besprechung beim **Galten Wäggen** Böhlenstraße, einzufinden.

Herrenrad

gut erh., für 35 Mk. zu verlauf. **W. Banter** Straße 7, Tür 1, I. Et.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlichste Teilnahme beim Heimzuge unserer so früh dahingegangenen **Mutter** sagen wir allen unsern herzl. Dank **Friedrich Grafmann** u. Fam.

Kriegerische Rätsel.

H. E. Sätze der preussische Kriegsminister sich in die Zwangslage versetzt, erklären zu müssen, wie er sich einen großen Zukunftskrieg zu Lande vorstellt, so würde er höchstwahrscheinlich mit den Wäffeln zuden und antworten, daß hier alle Menschen im unklaren seien.

Tatsächlich wird die Lösung dieser Frage immer schwieriger. Und zwar wird sie dies nicht nur durch die moderne Feuerwaffe und die ständige Zunahme der Massen, die voraussichtlich aufgebaut werden; es tauchen vielmehr auch Probleme auf, an die man früher nur wenig oder gar nicht dachte. Hierzu gehört auch die immer schwieriger werdende Unterscheidung von Feind und Freund.

Früher war diese Unterscheidung bekanntlich im allgemeinen nicht schwer, weil die Uniformen der einzelnen Wäffler sehr verschieden waren. Es kamen allerdings auch in früheren Kriegen manchmal Verwechslungen vor, aber sie zogen selten einschneidende Wirkungen nach sich. Ränftig aber wird die Gefahr vorliegen, daß Verwechslungen mit nicht unbedenklichen Folgen hieher gelangen können.

Die moderne Feuerwaffe hat mit den bisherigen Uniformen insofern gründlich ausgedünnt, als sie im Kriege nicht zu verwenden sind. Es genügt nicht mehr, daß Mann und Führer jede Bedeckung sorgfältig ausstatten; nein, sie müssen auch so gekleidet werden, daß sie sich vom Terrain möglichst wenig unterscheiden. Es muß also hier die Natur imitiert werden, die eine Reihe von Tieren in Farben hält, die sie der Farbe des Erdbodens, der Pflanzen fast gleich erscheinen läßt.

Nach langen und vielen Experimenten wurde das Resultat gefunden, daß die graue und die graugrüne Farbe die Truppen am besten im Terrain unsichtbar macht. Infolgedessen ist es gewiß, daß in einem europäischen Zukunftskriege alle daran beteiligten Armeen in entsprechenden Uniformen erscheinen werden. Damit wird aber die Möglichkeit, den Feind von den eigenen Truppen zu unterscheiden, sehr reduziert. Bei großen strategischen Bewegungen ist die Gefahr weniger groß, weil hier meistens schon die Richtung, in der der Marsch erfolgt, Ausschluß darüber gibt, welcher Partei die Marschkolonne angehört. Außerdem trägt eine gute Führung dafür Sorge, daß große Marschkolonnen, die einen Verband angehen, miteinander in Fühlung bleiben. Aber auf dem Gefechtsfelde selbst sind Verwechslungen kaum mehr zu vermeiden. Und schließlich auf die Umstände wird es ankommen, ob sie nicht schwere Konsequenzen, wie die Wegnahme von wichtigen Stützpunkten usw., zur Folge haben. Es ist z. B. nicht ausgeschlossen, daß eine Truppe, die eine Ortschaft selbst, in einer feindlichen Abteilung, die die Ortschaft von einer Seite aus angreifen will, einen

Truppenteil der eigenen Armee sieht, der den gegnerischen Angriff in der Platte fassen soll und die Wahrheit erst spät erkennt.

Noch dunkler gestalten die Verhältnisse sich in Bezug auf die Erkennbarkeit der Luftschiffe und Flugmaschinen. Hier ist nicht einmal aus der Fahrtrichtung ein sicherer Schluß auf die Zugehörigkeit des Luftschiffes zu ziehen. Und weithin sichtbare Unterscheidungsmerkmale anzubringen, etwa durch eine besondere Farbe der Schiffe und Flugmaschinen, ist auch nicht empfehlenswert, weil jeder Teil aus der schweren Erkennbarkeit der Luftschiffe u. Vorteile zieht. Vor allem wird man sich das Schließen auf Luftschiffe und Flugmaschinen sehr überlegen, wenn man nicht einmal gewiß weiß, welcher Partei sie angehören.

Die schwere Erkennbarkeit der Luftschiffe und Aeroplane wird selbstverständlich sehr zur Beunruhigung der Truppen beitragen. Es wird keine Kleinigkeit sein, wenn über ruhenden und marschierenden Abteilungen Luftfahrzeuge fluren und die Truppen dabei im Zweifel sind, ob über ihnen Feind oder Freund schwebt.

Der Umstand, daß die Zugehörigkeit der Luftschiffe und Flugmaschinen nicht schnell festzustellen sein wird, mühte ebenfalls zu Verwechslungen führen, und gar manches Luststück und mancher Aeroplan würde von Geschossen der eigenen Partei vernichtet werden.

Wir haben hier zwei militärische Fragen aufgeworfen, für die es voraussichtlich gar keine Lösungen gibt. Und solcher Fragen gibt es noch mehr. Es wäre ein Segen für die Menschheit, wenn der Fortschritt in der Kriegswissenschaft schließlich selbst den Krieg unmöglich macht.

Parteinachrichten.

Konferenz der Jugendauschüsse Thüringens. In Jena tagte an den beiden Dittertagen eine Konferenz der Thüringer Jugendauschüsse, an der sich 36 Ausschüsse, vertreten durch 40 Delegierte, beteiligten. Außerdem hatten die Zentralstelle in Berlin und mehrere Parteiorganisationen Thüringens Vertreter entsandt. Den Bericht der Jugendzentralstelle Thüringens gab Schumann-Jena. Der Zentralstelle sind jetzt 38 Orte angegeschlossen; das letzte Jahr brachte der Thüringer Jugendbewegung einen erfreulichen Aufschwung. Die Tätigkeit der Zentralstelle beschränkte sich vorläufig darauf, das Arbeitsfeld gründlich kennen zu lernen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Jugendbewegung in Deutschland sprach Peters-Berlin.

Am zweiten Verhandlungstage beschäftigte sich die Konferenz mit Fragen der Organisation und Agitation. Die Konferenz arbeitete ein Regulative für die Thüringer Zentralstelle aus, wobei beschlossen wurde, die Bezeichnung „Zentralstelle für Thüringen“ in „Jugend-Agitationsbezirk für Thüringen“ umzuwandeln. Die Frage der Beitragsleistung wurde nach äußerst lebhafter Diskussion durch einstimmigen Beschluß geregelt. Die Einrichtung eines Mitteilungsblattes wurde einstimmig abgelehnt, da der Nutzen vorläufig die Kosten nicht lohnen würde. Dagegen soll der Zentralstelle in Berlin die Anregung gegeben werden, ein Korrespondenzblatt für die Funktionäre in der Jugendbewegung Deutschlands zu schaffen. Die Vorschläge für den Jugendtag, der zu Pfingsten in Weimar stattfinden, wurden angenommen. Die Konferenz im Jahre 1912 findet wieder in Jena statt. Als Vorsitzender des Agitationsbezirks für Thüringen wurde Schumann-Jena, als Kassierer Tietz-Jena gewählt. Den Schriftföhrer und die zwei Beisitzer wählte der Ausschuß, dem der Vorsitzende angehört. Der nächste Jugendtag soll im Jahre 1912 in Jena abgehalten werden.

Soziales.

Die erste Reichskonferenz der Versicherungsangestellten, einberufen vom Verband der Bureauangestellten, die am Ostermontag in Berlin tagte, ist von großer Bedeutung für die Ausbreitung des Organisationsgedankens unter diesen Privatangestellten, die bisher erst zu einem winzigen Bruchteil für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden konnten. In letzter Zeit war es jedoch dem Verband der Bureauangestellten gelungen, auch hier Fuß zu fassen. So wurde dem diese Konferenz notwendig, deren Aufgabe es war, einen Ueberblick über den Stand der Bewegung zu geben und gleichzeitig ein Programm für die weitere gewerkschaftliche Tätigkeit und die Forderungen der Versicherungsangestellten aufzustellen. Von den an die Versicherungsangestellten zu stellenden Forderungen sind vor allem wichtig: Gehaltsskalen, Rechtsanspruch auf Gratifikationen, Sicherung und Klarstellung der rechtlichen Stellung, Personal-Ausschüsse, Bureauordnungen, Abschaffung der Geldstrafen, Abschaffung der Sonntagsarbeit, Beseitigung des Verhüms. Von den Forderungen an die Gesetzgebung, soweit sie sich nicht mit vorstehendem decken, sind bemerkenswert: Verbesserung des Zeugnisrechts, Verbot der Verträge, die für den Ründigungsmonat das Gehalt entziehen, § 63 S. 6. B. als zwingendes Recht, Urlaub von 14 Tagen, strafrechtliches Verbot von Personalanordnungen, Bureauauschluß um 4 bezw. 7 Uhr, Ausdehnung der Sozialversicherung auf alle Angestellten bis 5000 Mark Gehalt. Die Konferenz, die sehr zahlreich besetzt war, verlief sehr anregend. Sie wird zweifellos dazu beitragen, den Gedanken des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in immer weitere Kreise der Versicherungsangestellten zu tragen.

Monopol.

Soyalre Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Ruhs (47. Fortsetzung.)

Julie Karlowna stammte aus Siga. Sie war als deutsche Gouvernante ins Haus gekommen, als Gieb Michailowitsch kam drei Jahre alt war. Sie hatte sich im Hause so unentbehrlich zu machen verstanden, daß man sie als Stütze in der Wirtschaft behielt, nachdem der Anabe ihres Unterriehts nicht mehr bedurfte. Solche deutschen „Binnen“, Gouvernanten oder auch Hauslehrer, die die Rollen „Gouverneur“ zu nennen pflegen, gibt es in jedem gutunterrichteten russischen Hause, namentlich auf dem Lande. Sie teilen die Arbeit gewöhnlich mit einer Französin, in den reichsten Häusern auch noch mit einer englischen Miß. Aber während die Französinen und Engländerinnen, nachdem sie ihren Schülern die fremde Sprache — man könnte sagen Siesland — beigebracht, sich einen neuen ähnlichen Posten suchen, kommt es sehr oft vor, daß man die einmal engagierte Deutsche ganz behält. So war es auch mit Julie Karlowna gewesen, die man sich gewöhnt hatte, als Familienmitglied zu betrachten. Gieb Michailowitsch hing an seiner längst erkrankten Erzieherin mit großer Liebe und ließ es, als er heranwachsend war, nicht zu, daß sie ihn mit dem förmlichen, steifen „Sie“ titulerte. Sie mußte ihn wegen bis auf den heutigen Tag, — Unförmlich wundert es Warwara Dmitriewna, daß sie mit Julie Karlowna über ihre Pläne mit Natalja nicht sprechen sollte.

Einstweilen wurde die Hausdame von der Ankunft Nataljas in Kenntnis gesetzt und beauftragt, Arbeit für das Mädchen herbeizuschaffen. Warwara Dmitriewna tat das in gebrochenem Deutsch, weil das alte Fräulein, obwohl sie sich schon fast dreißig Jahre im zentralen Rußland aufhielt, nur einige Worte — vom Sprechen konnte überhaupt keine Rede sein — russisch konnte, die sie gelegentlich in einer solch entscheidenden Aussprache hervorbrachte, daß man hätte glauben mögen, es sei türkisch oder chinesisch. Julie Karlowna versprach, für Arbeit zu sorgen, und mußte, als der Teufel endlich aufgehoben worden war, Warwara Dmitriewna in ihr Zimmer folgen, wo die beiden alten Damen eine lange Unterredung mit einander führten.

Das Ergebnis dieser Unterredung war, daß Julie Karlowna die Wäsche über Natalja zu nehmen hätte. Auch die Arbeit sollte sie ihr zuteilen, namentlich, solange es sich nur um Reparaturen handelte. Eine sehr große Sorge verursachte den beiden Damen aber noch die Frage, ob Natalja sich den Diensthöfen oder an der herrschaftlichen Tafel speisen sollte. Julie Karlowna war entschieden dagegen, da sie meinte, das Mädchen könne von Gieb sagen, in einem so guten Hause überhaupt Aufnahme gefunden zu haben, wogegen Warwara Dmitriewna geltend machte, daß

Hausfräulein — namentlich auf Gütern — gewöhnlich mit der Herrschaft speisen, ausgenommen, wenn Gäste im Hause seien. Weil in diesem Punkt die Ansichten verschieden blieben, so entschlossen sich die Damen, Gieb Michailowitsch zu fragen, was er dazu meine.

Als ihm beim Abendessen von der Mutter die Frage vorgelegt wurde, sagte er rasch:

„Ich halte es für selbstverständlich, daß Natalja mit uns speist. Bevor sie erkrankte, speiste sie auch bei Doktor Sotolowsky mit der Familie. Da wäre es doch rüchlos, sie bei uns zurückzulassen.“

„Wenn es sich so verhält, dann allerdings...“ stimmte nun auch Julie Karlowna zu, worauf Duchow noch die Bitte an sie richtete, sich des Mädchens doch ganz besonders anzunehmen.

Erst nach dem Abendessen fiel ihm ein, daß seine Entscheidung eigentlich verkehrt gewesen sei. Als die Frage ganz unerwartet an ihn herangetragen war, leitete ihn bei der Beantwortung nur das impulsive Widerstreben, Natalja irgendwie zurückgesetzt zu sehen. Dadurch hatte er sich nun aber in die Lage gesetzt, sie täglich mehrmals sehen zu müssen. Das stand in direktem Widerspruch mit seinen so mühsam konstruierten Vorsätzen. Hätte er nicht den Vorschlag machen können, man solle sie in ihrem Zimmer allein speisen lassen? Daran hatte er im Eifer nicht gedacht, und nochmals die Frage aufstellen wollte er nicht. Es mußte also dabei bleiben.

Nataljas Ueberfiedelung nach Duchowta schien anfangs in der Lebensweise der Gutsdame keine merkliche Veränderung hervorgerufen zu haben. Das Mädchen sah entweder allein in ihrem Zimmer, oder in Gesellschaft Julie Karlownas, mitunter auch Warwara Dmitriewnas im Garten. Aber bald bemerkte die Dame, daß im Benehmen ihres Sohnes eine eigentümliche Veränderung vor sich gegangen war. Er war nicht nur noch schweigsamer und zurückhaltender geworden, sondern schien sich auch um den Umbau der Bremerer und die ihrem Ende nahenden Montagearbeiten des Retifizierapparates gar nicht mehr zu kümmern wie früher. Jetzt schien ihn nur noch die Landwirtschaft zu interessieren. Hatte er seine Anordnungen erteilt, so zog er sich entweder in sein Arbeitszimmer zurück, oder ließ ein Pferd lauern, list fort, ohne irgend jemand zu sagen wohin, und lebte manchmal erst spät abends heim. Mit großer Sorge sah Warwara Dmitriewna auch, daß sein Aussehen von Tag zu Tag elender wurde, und als sie ihn bat, ihr doch zu sagen, was ihm fehle, meinte er mit trübem Lächeln, er hätte sich durch den Umbau und die Aufstellung des Retifizierapparates eine zu große Last aufgebürdet. Von der Arbeit zieht er sich etwas zurück, da er gesehen hätte, daß es auch ohne ihn ginge. Er suchte sich jetzt durch Ruhe und Zerstreuung zu erholen.

Aber auch mit Natalja war eine Veränderung vor sich gegangen. Davon ahnten freilich weder Warwara Dmitriewna, noch Julie Karlowna etwas. Nur wer sie aufmerksam beobachtete, hätte an ihren gedrehten Augen, ihrer Niedergelassenheit, an dem tiefen Ernst, der wie ein dickerer Schatten auf ihrem Antlitz ruhte, errönden mögen, daß sie tiefer, versterkter Kummer ihr am Herzen nagte, daß sie oft und viel im Geheimen weinen mußte. Und sie weinte, sie litt. Wie schön, wie unbefangene hatte sie sich den Besuch in Duchowta ausgemalt, als sie sich noch auf dem Krankenlager befand, — wie anders war die Wirklichkeit geworden! Ihr Leiden rührte jedoch nicht etwa nur daher, daß sie sich von Gieb Michailowitsch vernachlässigt fühlte, da er sie bei den Mahlzeiten nur flüchtig grüßte, es möglichst vermied, sie anzusehen, jeder Gelegenheit schon auswich, wo er mit ihr hätte zusammentreffen können. Sie litt, weil sie Gieb Michailowitsch leiden sah, die Kräfte ahnte, und weil sie ihre Ohnmacht fühlte, seine Leiden lindern zu können. Doch er aber schwer litt, das las sie aus seinem ganzen Wesen, seinen Zügen und den trübsinnigen Blicken, mit welchen er, wenn er sich ganz unbedacht glaubte, sie mitunter freilich.

Warwara Dmitriewna hatte inzwischen Nadescha Jafowlewna von ihrem Heiratsplane Mitteilung gemacht und sie gebeten, ihre die Ansicht Doktor Sotolowskys recht bald mitzuteilen. Die Antwort traf nach einigen Tagen ein und veranlaßte die Dame, ihren Sohn zu sich bitten zu lassen. Als er in ihr Gemach trat, um sich nach ihrem Wünschen zu erkundigen, zeigte sie ihm triumphierend Nadescha Jafowlewnas Brief.

„Da lies,“ sagte sie mit einem gewissen Stolz. „In allen Fragen, welche die Bewirtschaftung von Gütern betreffen, will ich dich rüchlos als Autorität anerkennen, in Liebesfragen, namentlich aber in Heiratsangelegenheiten scheint du doch die nötige Erfahrung noch nicht zu besitzen, um die Verhältnisse richtig beurteilen zu können.“ Hierbei zeigte sie auf eine Stelle des Briefes, welche sie ihn vorzulesen bat. Sie lautete:

„... was Ihr Hochzeitsprojekt anbelangt, so kann ich Ihnen nur mitteilen, daß es den vollen Beifall meines Mannes gefunden hat. Er meint nämlich, daß es für ein Mädchen, welches das Leben bereits genossen, ungemein schwer, wenn nicht gar unmöglich sei, sich auf die Dauer die stitliche Keinheit zu bewahren. Aus diesem Grunde verfallen sehr viele dieser Bewauernswerten doch wieder den an sie herantretenden Versuchungen. Der übermächtige Naturtrieb macht schließlich auch die besten moralischen Vorsätze zu schanden. Anders, wenn ein solches Mädchen so glücklich ist, einen Mann zu finden, der es mit ihrer Vergangenheit nicht allzu streng, nicht allzu tragisch nimmt. In diesem Falle könnte sie noch eine musterhafte Frau und Mutter werden...“

(Fortsetzung folgt)

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
Bant, Wilhelmsh. Straße 70
Fernsprecher 267
Wilhelmsh., Wiemardstr. 95
Fernsprecher 352
halten sich bei Bedarf in Schuh-
waren bestens empfohlen.

— Mehrere 1/2schläfige —
Bettstellen

mit Sprungfedermatratze v. 20 M.
an, fast neuer Wolschiff 10 M.,
großer Tischrand 50 M., guterhalt.
Küchenschrank 10 M., Sofafische 6 und
8 M., rund. Wirtschaftstisch 5 M.,
W. Koch, Bant, Peterstraße 24.

Spottbillig zu verkaufen
ein Herren-Fahrrad u. eine Näh-
maschine, Schwingschiffchen.
Bant, Relumstr. 22, u. l.

Göricke
Kein
anderes Fahrrad
der Welt hat die
Ereignung aufzuweisen
101 km 623 m
in 1 Stunde.
Bestes Fahrrad
für Sport und
Geschäftszwecke.



Vertreter für Wilhelmshaven
und Umgegend:
C. Schmidt,
Fahrradhandlung
und Reparatur-Werkstatt,
Koonstrasse 34 a.
Teilzahlung gestattet.
— Tel. 730 —

Von der Reise zurück
Dr. Harms
Hals-, Nasen- u. Ohrenarzt
Wilhelmshaven, Viktorstr. 81.

Franz Dopheide
Orthopädie-Mechaniker u. Handarzt
BANT
Wilhelmshavener Straße 58.
Anfertigung künstlicher Glieder
Orthopädische Apparate wie
X- und O-Beinshienen und Gerate-
halter nach Maß.

Reparaturen
an Nähmaschinen aller Systeme werden
unter Garantie billig ausgeführt.
Joh. Schade, Wilh., Peterstr. 42.
Haar Baupläze
in jeder Größe in nächster Nähe des
Bahnhofs und der Schule billig zu
verkaufen.
B. Decker, Seidmühle.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen Schuhwaren von den
einfachsten bis zu den elegantesten
in nur modernen, gut passenden
Formen. Speziell außerordentlich
gut gearbeitete **Schulstiefel** für
Knaben und Mädchen.

Opera-Theater :: Marktstrasse 24.
Nur drei Tage, Sonnabend, Sonntag, Montag:
Trojas Fall.

Der große erbitterte Kampf der griechischen Helden um den Preis der schönen Helena
der nach 10jährigem blutigem Ringen mit der Zerstörung Trojas seinen Abschluß fand.
Ein Kunstfilm von klassischer Schönheit, von tiefgehender Wirkung. In 2 Akten gleich
16 Bildern, Spieldauer 3/4 Stunden. Ueber 1000 Mitwirkende. Es ist mir gelungen, obigen
Film ganz neu ab Fabrik zur Vorführung zu bringen. — Außerdem das neue Sensations-
Programm. Unerreicht an Reichhaltigkeit. **Der Besitzer.**

Margoniners
95
Pfg.-Woche.
Von Montag den 24. April
bis Montag den 1. Mai cr.

Man beachte unsere morgen erscheinende
Zeitungsbeilage.

J. Margoniner & Co.

Marktstrasse 34 :::: Gökerstrasse 8.

Leder-Ausschnitt
prima Eichenloshgruben-Gerbung, sowie
sämtliche Schuhmacher- u. Bedarfsartikel
empfehlen
Gebr. Meyer, Heppens, Gökerstr. 17.
Koksgrus
ist wieder zu haben auf
Gaswerk Bant.

Konsum- u. Sparverein
„Unterweser“
e. G. m. b. H. zu Bremerhaven.
— Neu eingeführt: —
Hühnerfutter | Fleischfaser
Kühenfutter | Müslator
Taubenfutter
aus dem Bergischen Ackerfütterwerk.
Fahrrad
gut erhalten, billig zu verkaufen.
Meyer Weg 10, 2 Tr. 11a.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen nur
erstklassige Schuhwaren
für deren Güte und Haltbarkeit
unbedingt garantiert wird.

Banter Volksküche.
Wellumstrasse.
Sonnabend: Gelbe Erbsen mit Schmalz.
Colosseum :: Bant.
Heute Freitag abend:
Grosse Tanzmusik.
Es ladet freundlichst ein
H. Sussbauer.

Wilhelmtheater.
Freitag den 21. April:
Wegen Vorbereitung in
„Geschiedene Frau“ geschlossen.
Sonnabend den 22. und
Sonntag den 23. April.
abends 8 1/4 Uhr:
Zweimaliges Gattenspiel des
1. Tenors Johann Hüster von
der Neuen Berliner Volksoper.
— Operettenpreise. —
Die geschiedene Frau.
Nur 2 Aufführungen!

Schützenhof Varel.
Wenzels
Kunst- u. Figurentheater
wird vom 30. April ab im Saal
mehrere Vorstellungen geben. Anfang
abends 8 Uhr.
Hierzu laden freundlichst ein
Genzel. Th. Garlick.

Hotel Schütting, Varel.
Sonntag den 23. April:
: BALL :
Hierzu laden freundlichst ein
Borchers & Kunze.
Nordenham-Mens.
Rüstringer Hof
Sonntag den 23. April:

Grosser Ball.
Hierzu ladet freundl. ein
Georg Bitter.

Blexen.
Am Sonntag den 23. d. Mts.
Großer Ball
wogu freundlichst einladet
Christian Wieghold.
Die Meldestelle
für verkaufene Kinder
findet sich bei
Frau Schübed, Bant.
Restaurant Peterhof, Peterstr.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
haben eine große **Wertstatt** im
Haus, wo jede Reparatur
sowie Anfertigung nach Maß
speziell für Kranke und empfindliche
Fäße, in kürzester Zeit aus-
geführt wird.

Gewerkschaftliches.

Zum Streit auf der Schikau-Weist in Danzig. Die „Bingener Neuesten Nachrichten“, das Organ der Firma Schikau, das noch zwölf Stunden vor Beginn des Streiks schrieb, von einer Lohnbewegung bei der Firma Schikau keine Rede sein, muß jetzt zugeben, daß ca. 800 Mann sich im Ausstand befinden. Das Blatt trübt sich aber damit, daß die Ausständigen nur ein Drittel der Belegschaft bilden und meist jüngere Leute sind. Eine genaue Feststellung der Zahl der Beschäftigten ist uns z. Zt. nicht möglich, aber nach den Ausweisen der Krankenkasse hatte diese Anfang März 1827 Mitglieder. Darunter befinden sich nun auch die Kohlearbeiter, Lehrlinge und Meister, so daß die eigentliche Arbeiterkraft höchstens 1600 Mann betragen kann. Die Hälfte davon ist also ausständig. Und zwar sind das sämtliche im Schiffsumpsbau Beschäftigten; die anderen Abteilungen auch vollständig ausständig werden zu lassen, liegt für die Streikleitung keine Veranlassung vor.

Wie bei allen dergleichen Gelegenheiten werden auch hier Besuche gemacht, Streikbrecher zu finden, zunächst in den Reihen der eigenen früheren Arbeiter. Bei einer Abgabe der Besuche und Empfangnahme des letzten Lohnes wurden die besten Leute aufgefordert, zu den Fleischhaken der Firma Schikau zurückzukehren. Ein vergebliches Bemühen. Nachdem das mißlungen, hat die Firma allen den Leuten, die in Arbeiterwohnheimen der Firma wohnen, zum 1. Mai die Wohnung gekündigt.

Dienstag haben sich 789 Mann zur Streikkontrolle gemeldet. Die Erhöhung der Zahl der Streikenden kommt daher, daß die Probefahrt der „Regina“, ein Handelsdampfer der Seltener Werke, als Streikbrecher erklärt und verweigert worden ist, auch eine Anzahl anderer Arbeiter wurde wegen Verweigerung von Streikarbeit nicht entlassen. Rumoreucht die Firma durch die Vermittlung der bekannten Firma W. Müller-Hamburg Streikbrecher. — Der Stand der Bewegung ist im allgemeinen ein äußerst günstiger.

Ausdehnung der Textilarbeiterausperrung in Hof i. W. Am 18. April wurden in Hof die Arbeiter und Arbeiterinnen von weiteren vier Spinnereien, insgesamt 2400 Personen, infolge des Kampfes für den freien Sonntagmittag ausgesperrt. Es sind jetzt insgesamt etwa 5000 Personen ausgesperrt.

Das Recht der Gewerkschaften, sich vor unläuteren Elementen zu schützen, wurde kürzlich vor dem Leipziger Schöffengericht behandelt und anerkannt. Der Schlosser Albert wollte beleidigt sein, weil der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der „Metallarbeiterzeitung“ bekannt gemacht hatte, daß Albert wegen Denunziation nicht im Verband aufgenommen werden könne. Der Beleidigung angeklagt war der Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“, Genosse Scherm, in Stuttgart. Scherm wies darauf hin, daß er laut Anstellungsvertrages verpflichtet ist, die ihm vom Verbandsoffizier übermittelten Notizen auszugeben. Er sei früher schon einmal vom Schöffengericht in Berlin in einem gleichen Falle zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden, das Land- und Kammergericht habe ihn aber freigesprochen, da ihm der Schutz des Paragraphen 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugesprochen worden sei. Man habe anerkannt, daß statutenmäßige solche Warnungen zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden müßten und Scherm sei verpflichtet, die vom Verband ausgehenden Warnungen im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Scherm führt weiter an, daß er weder bestraft noch in der Lage sei, die Richtigkeit der Notizen nachzuweisen, außerdem sei der Ausdruck „Denunziation“ hier nicht im verächtlichen Sinne gefallen.

Das Leipziger Schöffengericht berücksichtigte diese Dar-

legungen und schloß sich in seiner Rechtsauffassung dem preußischen Kammergericht an. Es sprach Scherm auch in dem vorliegenden Falle frei.

Soziales.

Zum Koalitionsrecht der technischen Angestellten beschloß der Delegiertentag des deutschen Werkmeisterverbandes, der Ostern in Strahburg tagte, folgendes: „Die Delegiertenversammlung beschließt, durch Eingaben an den Bundesrat und Reichstag dahin zu wirken, daß unter Aufhebung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung durch Erlass eines besonderen Gesetzes den Berufsvereinen volle Rechtsfähigkeit verliehen werde, mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß solche Vereine dem Vereins- und Versammlungsrecht nicht unterstehen.“

Soziales.

Wilhelmshaven, 21. April.

Die öffentliche unentgeltliche Impfung der im Jahre 1910 geborenen, sowie der in den Vorjahren geborenen, aber noch nicht mit Erfolg geimpften Kinder und die unentgeltliche Wiederimpfung der im Jahre 1899 geborenen, sowie der in den Vorjahren geborenen, bislang aber noch nicht mit Erfolg wiedergeimpften Kinder wird durch den Kreisarzt Herrn Dr. med. Kramer an den nachbezeichneten Tagen zu den dabei angegebenen Zeiten in dem Lokale „Burg Hohenzollern“, Wallstraße 25, vorgenommen werden, und zwar:

1. Montag den 1. Mai, nachmittags von 3 bis 4 Uhr: Impfung der im Jahre 1910 in den Monaten Januar, Februar und März geborenen und für die künftigen bisher noch nicht bzw. ohne Erfolg geimpften Kinder aus den Vorjahren. — Nachschautermin: Montag den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr.

2. Dienstag den 2. Mai, nachmittags von 3 bis 4 Uhr: für die in den Monaten April, Mai, Juni und Juli 1910 geborenen Kinder. — Nachschautermin: Dienstag den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr.

3. Mittwoch den 3. Mai, nachmittags von 3 bis 4 Uhr: Wiederimpfung der im Jahre 1899 geborenen (zwölfjährigen) und der bisher ohne Erfolg bzw. noch nicht wiedergeimpften älteren Schüler des hiesigen Gymnasiums und der Oberrealschule.

Nachmittags 4 Uhr: die vorbezeichneten Schüler der gelamten übrigen hiesigen Schulen.
Nachschautermin: Mittwoch den 10. Mai, nachmittags 3 Uhr.

4. Donnerstag den 4. Mai, nachmittags von 3 bis 4 Uhr: für die in den Monaten August, September, Oktober, November und Dezember 1910 geborenen Kinder. — Nachschautermin: Donnerstag den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr.

5. Freitag den 5. Mai, nachmittags von 3 bis 4 Uhr: Wiederimpfung der im Jahre 1899 geborenen (zwölfjährigen) und der bisher ohne Erfolg bzw. noch nicht wiedergeimpften älteren Schülerinnen der hiesigen höheren Mädchenschule und der Auguste-Victoria-Schule.

Nachmittags 4 Uhr: die vorbezeichneten Schülerinnen der gelamten übrigen hiesigen Schulen.

Nachschautermin: Freitag den 12. Mai, nachm. 3 Uhr.
Unter Hinweis auf die im § 14 des Reichsimpfgesetzes vom 8. 4. 1874 angedrohten Strafen werden die Eltern und Pflegerinnen aufgefordert, für die pünktliche Bestimmung ihrer Kinder zu sorgen, sofern nicht eine Privatimpfung vorgesehen wird, oder die Impfung aus einem gesundheitlichen Grunde wegen Gefahr für Leib und Leben des Impflings unterbleiben muß, was durch eine ärztliche Bescheinigung nachzuweisen ist.

Die Schulkonferenzen werden ersucht, für rechtzeitige Klassenweise Bestellung der impfpflichtigen Schüler und Schülerinnen unter Begleitung der Herren Lehrer zu sorgen.
Kinder aus Häusern, in denen Scharlach, Masern, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten oder Typhus herrschen, oder in denen betagte anstehende Krankefälle in letzter Zeit vorgekommen sind, dürfen zur Impfung nicht geteilt werden. Für diese Kinder wird ein späterer Termin angefragt.

Renende, 21. April.

Eine Sitzung des Gemeinderats fand gestern in Eufens Gasthaus statt. Es handelte sich um die Zulagen der Lehrer und Lehrerinnen. Der Gemeinderat hatte bereits einen Beschluß in voriger Sitzung gefaßt, der dahin geändert wurde, daß die beschlossenen Zulagen nicht am 1. März, sondern einen Monat vor Inkrafttreten des neuen Lehrerbefolgungsgesetzes eintreten sollen. Die hierzu erforderlichen Mittel für 1910/11 wurden bewilligt. Eine Berechnung für 1911/12 bleibt vorbehalten. — Der Gemeindevorsteher teilte dann mit, daß das Wegelände in Kästertel, wie sich nachträglich herausgestellt habe, an die Anlieger noch nicht abgetreten werden könne, da noch nicht festgestellt sei, wie viel Gelände der Gemeinde gehört. Der Verwalter beantragte mit seinen Arbeiten noch nicht fertig. — Eine Zulage der Gemeinde Schortens wegen Straßenneubau über Widdelsfähr bis zur Umfangsstraße wurde zur Kenntnis genommen. Es wurde kein Beschluß hierzu gefaßt. Die Angelegenheit soll der neuen Stadterteilung überwiesen werden. — Der Schularzt Dr. Freudenstein hatte als solcher einen Bericht hergegeben. Danach sind im verflochtenen Schuljahre untersucht worden 206 Kinder, zurückgestellt wurden 31 Kinder und krank oder mit Krankheiten behaftet wurden 71 Kinder befunden. Eine spätere Untersuchung hat stattgefunden. Die schulärztlichen Sprechstunden wurden monatlich abgehalten. Die Befichtigung der Schulgebäude hat keine hygienischen Mängel ergeben. — Der Schreiber Dittig im Gemeindebüro ersuchte um Erhöhung seines Gehalts. Der Gemeinderat lehnte den Antrag ab. Das Gehalt soll der neuen Stadterverwaltung befürwortend überwiegen werden. — Das in Neuenroden vertriebene Gerüst, wonach derjenige, der seinen Anschlag an die Wasserleitung bis zum 24. d. M. nicht angemeldet habe, 30 M. Strafe zahlen mußte, wurde vom Gemeindevorsteher ganz erloschen wiederlegt.

Aus dem Lande.

Saarl, 21. April.

Die Rauferei-Kommission hält am Sonnabend abend 8 Uhr im „Hof von Oldenburg“ eine Sitzung ab, auf die die Mitglieder aufmerksam gemacht werden.

Eine Ziegler-Verammlung ist vom Fabrikarbeiterverband auf Sonnabend abend 8 1/2 Uhr nach dem „Hof von Oldenburg“ einberufen. Die Zieglerarbeiter der Umgegend werden zu dieser Versammlung eingeladen.

Vanandalismus. Die Natur ist aus dem Winter Schlaf erwacht, ein zartes Grün deckt Baum und Strauch, der Waldboden ist mit Blumen überfüllt und gleicht einem bunten Teppich, und jeder Naturfreund erfreut sich an dem Wirken der wiedererwachenden Naturkräfte. Leider muß man aber beobachten, daß auch sofort der Vanandalismus einzelner Menschen in Wirksamkeit tritt. Wer einen Gang durch den Wald macht, wird überall auf dem Wege abgebrochene Zweige und ausgerissene Blumen finden. In den wenigsten Fällen sind es Kinder, die diesen Vanandalismus verüben. Man kann sehr oft sehen, daß Erwachsene, um einen kleinen grünen Zweig zu erlangen, starke Äste abbrechen oder einfallen, jedoch diese dann achlos auf dem Wege hingeworfen oder verrotten am Baume hängen bleiben, in beiden Fällen das Auge des Naturfreundes beleidigen. An diesem Wald-

Die Arbeiter-Gesangvereine und ihre Bedeutung.

Kunstleistungen in den Dienst einer politischen Partei zu stellen, ist für Alle, die sich damit befassen, eine unabweisbare Aufgabe. Von den politischen Gegnern naturgemäß bekämpft, am wirkungsvollsten durch vornehmtes Ignorieren und Losschweigen werden Kunstbetrachtungen und Leistungen auch in der Partei, zu deren Gunsten sie entstehen, häufig geringschätzig, ja feindselig behandelt, weil man in ihnen nur nutzlose Zeitvergeudung sieht und sie daher für schädlich hält. Das Singen z. B. und noch mehr die regelmäßige Pflege des Gesanges wird von recht vielen unserer Genossen als eine überflüssige Sache betrachtet und unsere singenden Genossen werden von jenen, denen die Natur musikalischen Gehör und Sinn für das Schöne verlag hat, häufig als Genossen zweiter Klasse behandelt und mitteilid über die Wahl angesehen.

Ein Leben ohne Kunst, ohne Kunstverständnis und Kunstgenuß ist ein des, profallisches und trauriges Leben und ich halte von den vielen Entbehrungen, die der Arme erdulden muß, den Mangel an Kunstgenuß für eine der schwersten. Freilich läßt die viel mehr die bedrückende Sorge um die ersten und notwendigsten Lebensbedürfnisse, um Nahrung, Kleidung und Wohnung die Entbehrung von Kunstgenüssen als geringfügig erscheinen, aber der Mensch lebt nicht allein vom Brod und wenn der Leib befriedigt ist, stellt sich bei dem höher organisierten Menschen der Wunsch, das lebhaftest Betragene nach geistiger Erhebung, nach idealen, künstlerischen Genüssen ein. Um künstlerisch zu können, muß man aber nicht nur von der Natur mit empfänglichen Sinnen ausgestattet sein, sondern die Sinne müssen auch geübt, geschärft, gebildet und erzogen

werden. Künstlerische Bildung und Erziehung ist aber eine loispflichtige Sache und sie bleibt daher dem Belizlosen meistens verlag. Dem Drange nach musikalischer Betätigung — denn selbst singen ist immer noch viel schöner und bildender, als singen hören — kommen die Gesangvereine entgegen. Hier wird nun der bei den Meisten in der Jugend vernachlässigte und verwahrloste Sinn für Musik geweckt, geschärft und ausgebildet und es wird zugleich, da die Gesangsmusik die Vereinigung zweier Künste, Poesie und Musik, ist, das Verständnis für die Gedanken unserer Dichter angebahnt und herbeigeführt. Es ist merkwürdig und dauerlich wie sehr von sonst intelligenten Leuten die erzieherische Wirkung gut geleiteter Gesangvereine unterschätzt und verkannt wird. Manche halten die Beschäftigung mit Gesang für eine so nützliche Spielerei, zum mindesten für einen zeitraubenden Sport, der eines ernsten denkenden Menschen unwürdig ist, daß sie ihre eigene musikalische Talent- und Gehörlosigkeit nicht nur beobachten, sondern geradezu stolz darauf sind und während man manchen anderen Fehler, manchen körperlichen und geistigen Fehler, an dem man leidet, nicht gern an die große Glocke hängt, sagt man viel öfter als notwendig ist: „Ich verstehe ja gar nichts von Musik und Gesang, ich habe gar kein musikalisches Gehör.“ Trotz ihres Eingeständnisses, von der Sache nichts zu verstehen, maßten sich die „Gehörlosen“ doch an den Sängern den Rat zu geben, ihre Zeit auf etwas Besseres zu verwenden. Sie reden wie die Blinden von der Farbe und haben keine Ahnung davon, wie erbebend, zündend und hinreichend ein schöner hoher Gedanke von einem warmführenden Komponisten nachempfunden und vertont, von einer begeisterten Sängerschaft lebendig und ausdrucksvoll gelungen, auf die Zuhörer wirken kann.

Viele halten Musik und Gesang nur für ein Geräusch, welches bei Festen zu dem Zweck gemacht wird, damit man

währenddessen eifrig oedattieren, diskutieren oder auch nur schwätzen könne. Aber das weiß doch jeder, daß ohne Musik und Gesang jede Veranstaltung öde und leer dlebe und daß man hohe Begeisterung erwecken kann mit einem schwungvoll und feurig vorgetragenen Liede. Will man aber die Wirkung und braucht und beanprucht man die Leistungen der Gesangvereine für die Feste der Partei und Gewerkschaften, so ist es nur ein Gebot der Logik, die Vorbereitung, das Studium, die Pflege des Gesanges nicht geringfügig zu behandeln und die darauf verwendete Zeit nicht als vergeudet zu betrachten, sondern auch die betr. Arbeitervereine zu unterstützen.

Wer auch abgesehen von den großen erhebenden Momenten, welche uns das Lied bereitet, möchte man jedem, der Sinn und Gehör für Gesang in sich führt, dringend empfehlen, sein Talent zu pflegen, die in ihm schlummernde Fähigkeit auszubilden und einen Abend in der Woche dem Gesang zu widmen. Man glaubt gar nicht, wie gefürcht und erfrischt sich der Sänger — auf ein paar Stunden dem Alltagsleben und den Sorgen entzückt — des Abends nach Hause begibt.

Wir haben nun weder Zeit noch Lust, uns an unseren Lieblingsabenden mit Politik zu befassen, aber es versteht sich von selbst, daß wir nur das singen, was uns vom Herzen geht, und das sind neben den allgemeinen menschlichen Freuden und Schmerzen, die idealen Bestrebungen der Partei, der wir mit unierem ganzen Denken und Fühlen angehören. Sächtsentimentale, Schmachtslappen, Patriotismus heuchelnde, hohe und höchste Personen verheimlichen, in Demut ersterbende Gesänge, die von der Heftigkeit sowohl ihrer Produzenten, wie ihrer Konsumenten so breites Zeugnis geben, überlassen wir gern den hürgeleiteten Gesangvereinen. Wir können auf unsere Programme stolz sein, und wenn auch einmal ein schwächeres Gedicht mit unterläuft, das der

